Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16. | **Dienstag, den 20. Januar 1903.** | 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 17. Januar 1903.

Der Reichstag setzte am Sonnabend seine Nachlesearbeit auf dem Tarif-Stoppelfelde fort. Denn wie die in diesen Tagen berathenen und noch zu berathenden Resolutionen, so fällt auch die Interpellation Rösicke unter diese Nachlesearbeit. Mit dieser Interpellation verhält es sich so. Wie bekannt, ermöglichte die Einführung des dunklen Wortes „Malzgerste“ in die Tarifgesetzgebung dem Grafen Bülow, unter scheinbarer Nichtverletzung des Wortlauts seiner wiederholten, feierlichen Erklärungen, mit der Zollmehrheit das berüchtigte Kompromiß abzuschließen, das mit Hülfe gefaßter Verfassungs- und Geschäftsordnungsverletzungen zum „Gesetz“ erhoben wurde. Sofort aber erhob sich die Frage: was ist Malzgerste und was ist Futtergerste? Eine sehr wichtige Frage: an ihrer Beantwortung sind das deutsche Braugewerbe und die Masse der kleinen, sich mit Vieh- und Geflügelzucht befassenden Landwirthe in gleicher Weise interessirt. So war es denn sehr angebracht, daß der Abg. Rösicke-Dessau sich einmal danach erkundigte, was denn eigentlich der Reichskanzler sich unter „Malzgerste“ denkt. Es scheint aber, daß der Herr Graf Bülow sich gar nichts darunter denkt. Falls er sich aber wirklich Gedanken darüber gemacht hat, so scheint er dieselben der Oeffentlichkeit sorgfältig vorenthalten zu wollen. Wenigstens geruhte er nicht, sich im Reichstage einzufinden, um die immerhin doch ein wenig berechtigte Neugierde der Interpellanten zu befriedigen, sondern ließ sich durch Herrn v. Thielmann, den einst bei den Agrariern so sehr verhaßten Staatssekretär des Reichsschatzamts, vertreten. Herr v. Thielmann scheint großen Werth darauf zu legen, sich bei seinen früheren Feinden Liebkind zu machen; auf Klarheit dagegen dürfte er weit geringeren Werth legen. Wenigstens gab er auf Herrn Rösickes klare und bündige Frage eine Antwort, die sich durch alles andere eher, als durch Klarheit und Bündigkeit auszeichnete. Mehr als talmudische Spitzfindigkeit möchte nöthig sein, um aus den geschraubten Wendungen und Drehungen des Washingtoner Ex-Botschafters etwas wie einen Inhalt heraus zulesen. Will die Regierung kurzer Hand alle Gerste als Malzgerste betrachten und demzufolge mit dem Mindestzoll von 4 Mk. belegen? Oder will sie einen Unterschied machen? Wer kann das sagen? Herr v. Thielmann kann es nicht sagen; mindestens hat er es nicht gesagt. Nur das Eine ist klar: die Regierung weiß nicht, welches von den 14 vorgeschlagenen Mitteln zur Feststellung oder Herbeiführung der Differenzirung der Brau- und Futtergerste für kommenden Falles anwenden wird. Indessen: wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand; mit diesem Sprichwort wollen wir uns trösten und das weniger tröstliche Diktum des seligen Schwedenkanzlers Axel Oxenstjerna von dem Minimum von Verstand, mit dem die Welt regiert wird, zu vergessen trachten.

Die Besprechung der Interpellation gestaltete sich leidlich munter. Freilich die Agrarier verschiedenen politischen Glaubensbekenntnisses, der feiste Reichsparteiler Gamp, der sich in groben Anrempelungen der Linken gefiel, Dr. Jäger vom Zentrum, der den eigentlichen Vater des Malzgerstenbegriffs, den abwesenden Dr. Heim, vertrat, Nißler, der die Ehre hat, das gewöhnliche Bauernvolk unter den Prinzen, Grafen, Herren von und zu der konservativen Fraktion zu vertreten, zwar alle diese Agrarier haben das Vertrauen zu den in ihren Augen früher ganz vertrauensunwürdigen Herren von der Reichsregierung wiedergefunden, seitdem diese durch das caudinische Joch gekrochen, das ihnen die vom Bundschuh aufgerichtet haben. Aber schon die Nationalliberalen scheinen bereits einen kleinen Katzenjammer von dem Tarifgelage zu verspüren, an welchem sie mit solchem Biereifer theilgenommen haben. Herr Sattler erinnerte mit geziemender Bescheidenheit seine hohen Gönner von der Rechten und dem Zentrum daran, daß die nordwestdeutschen Kleinbauern dringend der ausländischen Futtergerste bedürfen.

Wir glauben kaum, daß das agrarische Vertrauensvotum der Reichsregierung die bitteren Pillen versüßen wird, die ihnen von den Rednern der Linken verabfolgt wurden. Genosse Wurm ergänzte in werthvoller, von gediegenster Sachkenntniß zeugender Weise die Ausführungen Rösickes und rechnete den Herrn Mittelstandspolitikern an der Hand unwiderleglicher Ziffern nach, daß das Malzgerstenkompromiß unweigerlich zum Ruin der kleinen Brauereien führen muß. Daran wird auch die an sich erfreuliche Thatsache nichts ändern, welche der brave Nißler zum Nutz und Frommen seiner künftigen Biographen mittheilte, daß er nämlich sein tägliches, sicher nicht ganz unbedeutendes Bierquantum patriotischer Weise nur in solchen Brauereien konsumirt, die allein und ausschließlich dem heimischen Boden entsprossene Gerste zur Herstellung des erquickenden braunen Nasses verwenden. — Da Herr Richter seit einigen Tagen von häuslichen Geschäften stark in Anspruch genommen scheint und demzufolge im Reichstage durch Abwesenheit glänzt, durfte sich Dr. Müller-Meiningen in dem süßen Wahn wiegen, einer oppositionellen, demokratischen Partei anzugehören und fand gleich Dr. Barth scharfe Worte für die Doppelzüngigkeit der Regierung. Diese festgestellt zu haben, bleibt das unleugbare Verdienst der Interpellation Roesicke.

Nun kam noch eine agrarische Resolution an die Reihe, welche Zuziehung landwirthschaftlicher, will sagen agrarischer Sachverständiger zu den Handelsvertragsverhandlungen und ausreichende, soll heißen übermäßige Berücksichtigung der agrarischer Interessen bei den Verträgen fordert. Die Linke antwortete mit einer durch Abg. Brömel eingebrachten Gegenresolution. Im Namen der Mehrheitsparteien hielt der Zentrums-Herold eine durch Mangel an neuen Gedanken ausgezeichnete Pauke. Dann brachte die Rechte, aus Angst, daß die Linke das gewohnheitsmäßige Schwänzen der Rechtsjunker und der Zentrumspfaffen zur Konstatirung der Beschlußunfähig benutzen möchte, selbst einen Vertagungsantrag ein, den die Linken in vielleicht übertriebener Großmuth ohne namentliche Abstimmung passiren ließ. — Die nächste Sitzung findet am Montag, und zwar erst um 2 Uhr statt. Gleichzeitig mit dem Abgeordnetenhause wird auch der Reichstag seine diesjährige Etatsberathung beginnen.

---

240. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Frhr. von Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Rösicke-Dessau (FVg.) betr. Feststellung des Begriffs „Malzgerste“.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann erklärt sich zur Beantwortung sofort bereit.

Rösicke-Dessau (FVg.) begründet die Interpellation. Früher haben die verbündeten Regierungen selbst erklärt, daß eine Differenzirung des Zolls auf Gerste unmöglich ist. Erst in der berüchtigten Sitzung vom 13. zum 14. Dezember wurde plötzlich eine verschiedenartige Verzollung von Malz- und Futtergerste beschlossen. Der Begriff „Malzgerste“ ist aber ein Begriff, der weder technisch noch in der Gesetzgebung bisher Verwendung gefunden hat. Alle Gerste, die gewachsen ist, kann vermälzt werden. Da mir der Reichskanzler in jener Sitzung vom 13. Dezember die Antwort schuldig geblieben ist, und auch meinen offenen Brief unbeantwortet gelassen hat, blieb mir nur noch das Mittel der Interpellation. Früher sprach man nur von Braugerste. Erst in allerletzter Stunde haben die Mehrheitsparteien sich für die Bezeichnung Malzgerste entschieden. Wenn schon eine Unterscheidung zwischen Braugerste und Futtergerste schwierig war, so ist sie zwischen Malzgerste und Futtergerste absolut unmöglich. Da ein Qualitätsunterschied der Gerste für eine differentielle Zollbehandlung nicht in Betracht kommen kann, so bleibt nur die Möglichkeit, daß die differentielle Behandlung abhängig gemacht wird von dem Zweck der Verwendung der Gerste. Da kann es sich einmal darum handeln, ob die Gerste thatsächlich zu Malzgerste verwendet wird oder darum, ob ihr auf künstliche Weise die Möglichkeit der Vermälzung entzogen wird. Nach dem Sprachgebrauch des Zolltarifs kann der erstere Fall nicht in Betracht kommen. Als Handschuhleder z. B. wird auch nicht blos dasjenige Leder betrachtet, das thatsächlich zu Handschuhen verwandt wird, sondern alles Leder, das zu Handschuhen verwendet werden kann. Selbst wenn man sich an den Sprachgebrauch nicht kehren sollte, so würde doch eine Kontrolle darüber, ob die zehn Millionen eingeführter Gerste zu Malzzwecken verwandt werden oder nicht, ganz unmöglich sein. — Was den zweiten Fall betrifft, so giebt es nur zwei Mittel, um der Gerste ihre Keimfähigkeit zu nehmen. Erstens das Erhitzen oder Darren. Das macht gewaltige Kosten, führt keineswegs mit Sicherheit zum Ziele, vermindert das Gewicht der Gerste und schädigt dadurch die Exporteure. Mit ebenso großen Mißständen ist das andere Mittel, das Schroten, verbunden. Geschrotete Gerste ist überhaupt eigentlich ebenso wenig Gerste, wie Weizen- oder Roggenmehl als Weizen oder Roggen zu bezeichnen ist. Wer Gerste bestellt hat, will nicht Gerstenschrot haben. Auch giebt es keine besondere Position für Gerstenschrot im Tarif. Kurzum: es giebt keinen Ausweg aus der Sackgasse, in die die Majorität und die verbündeten Regierungen geführt zu haben, der Abg. Dr. Heim in seinem Wahlkreis sich besonders gerühmt hat. (Hört, hört! links.) Professor Braungart in München macht sich allerdings anheischig, in 10—12 Tagen den Steuerbeamten den Unterschied klar zu machen; wie er das anstellen will, weiß ich nicht. (Zuruf b. sd. Soziald.: Nürnberger Trichter! Gr. Heiterkeit.) — Herr v. Kröcher erklärt kurzer Hand, wenn er Reichskanzler wäre, würde er überhaupt nur Gerste zu 4 M. Minimalzoll hereinlassen. Die kleinen Viehzüchter sind anderer Meinung: und sie haben denn doch auch Anrecht auf Berücksichtigung durch die Gesetzgebung, ebenso wie das Braugewerbe, das dem Staate jährlich 90—100 Millionen Steuern zahlt. (Sehr richtig! links.) Die Hast, mit der vor Weihnachten gearbeitet worden ist, hat zu Beschlüssen geführt, mit denen sich Deutschland vor der ganzen Welt blamirt hat. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) — Wenn der Reichskanzler Werth darauf legt, daß man in Zukunft seinen Erklärungen noch Glauben schenkt, so muß er sich über diese Frage äußern. Wenn alle Gerste unter den Minimalzoll von 4 Mk. fällt, so widerspricht das direkt den feierlichen Erklärungen des Reichskanzlers vom 16. und 22. Oktober. (Sehr richtig! links.) Ich sehe deshalb der Antwort der Regierung mit besonderem Interesse entgegen. Die anwesenden Landwirthe hier im Hause bitte ich, die Proben von Brau- und Futtergerste zu prüfen, die ich hier auf den Tisch des Hauses niederlege. Es soll mich freuen, wenn sie den Unterschied herausfinden. Heiterkeit und Beifall links.)

Zur Beantwortung der Interpellation ergreift das Wort Reichsschatzsekretär v. Thielmann: Ich werde mich streng an den Wortlaut der Interpellation halten und nicht auf die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners eingehen. Nicht der Reichskanzler, sondern der Bundesrath trifft die nöthigen Anordnungen zur Ausführung des Zolltarifs. Woraus schließen die Interpellanten, daß bei den Handelsverträgen Malz- und andere Gerste einem verschiedenen Zoll unterliegen sollen? Der § 1 des Gesetzes enthält für Malzgerste einen Minimalzoll von 4 Mk. Daß andere Gerste, beispielsweise Futtergerste, bei Verträgen billiger taxirt werden soll, davon sagt weder der Tarif noch das Gesetz etwas. Große Unruhe und Zwischenrufe links. Präs. Graf Ballestrem bittet die Unterbrechungen zu unterlassen.) Die Regierung ist in keiner Weise verpflichtet, den Regierungen der anderen Staaten einen billigeren Zoll für Futtergerste auf dem Präsentierteller entgegenbringen. Damit entfällt eigentlich der Zweck der Interpellation. Bisher haben keine Handelsvertragsverhandlungen stattgefunden. Wenn aber solche stattfinden, und wenn an die Regierung Wünsche wegen eines niedrigeren Futtergerstezolles herantreten, so wird sie sich noch sehr überlegen müssen, ob sie solchen Wünschen nachkommen kann. Herr Rösicke bewegte sich im Kreise herum. Wenn Darren und Schroten wirklich so große Kosten macht, wie er behauptet, dann ist es erst recht nothwendig, daß der Bundesrath keinen Unterschied zwischen Malz- und Futtergerste macht. Uebrigens haben sich auch außer Professor Braungart eine Reihe Fachleute in dem Sinne ausgesprochen, daß gegebenenfalls eine Unterscheidung der verschiedenen Gerstensorten möglich ist. Es dürfte sich auch eine nicht besonders lästige Verwendungskontrolle ausfindig machen lassen. Ich wiederhole aber, daß bis jetzt kein Anlaß vorliegt, eine solche Unterscheidung für nöthig zu halten.

Auf Antrag des Abg. Dr. Barth (FVg.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Graf Stolberg-Wernigerode (K.): Wie der Staatssekretär sehr richtig bemerkte, ist die Frage durchaus nicht akut. Erst die Einführung des Ausdrucks „Malzgerste“ statt „Braugerste“ ermöglichte uns die Zustimmung zu dem Mindestzoll auf Malzgerste; der Ausdruck „Malzgerste“ geht sehr viel weiter als der Ausdruck „Braugerste“. Sollte eine differenzirte Behandlung nothwendig werden, so machen wir die verbündeten Regierungen dafür verantwortlich, daß sie alle Maßregeln treffen, durch welche jeder Unterschleif verhindert wird.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Selten hat uns eine Regierungserklärung so enttäuscht, wie die heutige. Uns gegenüber sind nicht die verbündeten Regierungen, sondern ist allein der Reichskanzler verantwortlich. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich bei der Einführung des Ausdrucks „Malzgerste“ um eine Düpirung weiter Kreise des Volkes; das ganze Manöver hatte weiter keinen Zweck als den, die noch zögernden Gruppen zur Majoritätsbildung heranzuziehen. (Sehr richtig! links.) Wer die Kosten der Differenzirung tragen wird, wissen wir noch nicht; aber möglicherweise werden die Bauern die Zeche bezahlen müssen. Wir wollen wissen, was man unter Futtergerste und namentlich, was man unter Braugerste versteht; bisher weiß das Niemand, weder innerhalb noch außerhalb des Hauses. Der Eiertanz des Herrn Staatssekretärs konnte uns nicht darüber täuschen, daß die Regierung einfach kein Mittel zur Differenzirung weiß. Nicht weniger als 14 Mittel sind der Regierung zur Differenzirung angegeben; bisher hat sie mit keinem dieser Mittel etwas Rechtes anfangen können. Daß die Schrotung der Gerste die Landwirthschaft schädigen muß, hat selbst Prof. Braungart anerkennen müssen. Die Brauer, die gerstekonsumirenden Bauern werden geschädigt; aber auch die Gerste verkaufenden Bauern sind durchaus nicht entzückt von der Differenzirung. Der Abg. Heim ist von seinen eigenen Leuten angegriffen worden. Redner verliest einen Artikel des Dr. Memminger gegen Heim und bedauert, daß Herr Heim heute nicht im Hause ist. Die ganze Gerstengeschichte ist ja nur gemacht worden, um das bayerische Zentrum für den Zolltarif zu gewinnen. Ueber diesen Zolltarif freut sich Niemand. Der moralische Katzenjammer hat sich bereits auch bei den Mehrheitsparteien eingestellt. Eins haben wir wenigstens mit dieser Interpellation erreicht: das eigene Unfähigkeitsbekenntniß der Regierung! (Bravo! links.)

Dr. Jaeger (Z.): Herr Dr. Heim ist durch Erkrankung seiner Kinder genöthigt worden, nach Hause zurückzukehren. So muß ich ihn vertreten. Herr von Thielmann hat sich glücklicher Weise nicht aufs Glatteis locken lassen. (Hört, hört!) Wir wollen nur höheren Schutz der hochwerthigen Gerste und für minderwerthige Gerste ein Zugeständniß machen wollen. Braugerste und Malzgerste sind total verschiedene Begriffe. Den freihändlerisch-großkapitalistischen Standpunkt des Abg. Rösicke können wir nicht theilen.

Wurm (SD.): Daraus, daß nicht von Gerste, sondern von Malzgerste gesprochen wird, geht hervor, daß es noch eine andere Gerste geben muß, die anders tarifirt werden soll. Früher hieß es, eine Unterscheidung zwischen Malz- und Futtergerste sei unmöglich; dann hatte man plötzlich die Unterscheidung gefunden. Jetzt, wo wir nun fragen, wie diese Unterscheidung ist, sagt uns der Schatzsekretär: „Vorläufig sind wir noch nicht so weit; bei den Handelsverträgen wird die Sache akut.“ Nun erklärte der Schatzsekretär weiter, daß durch die Beseitigung der Keimfähigkeit die Zolldifferenz aufgehoben würde. D. h. mit anderen Worten, alle Gerste soll mit 4 Mark Minimalzoll belegt werden. Dann haben Sie ja die Deutsche Gr.

bauern schön hinters Licht geführt. Die Differenzirung wurde ja gerade eingeführt, um die Futtergerste billiger zu verzollen. Die kleinen Bauern sollen nun die Lasten tragen. (Unruhe rechts). Alle erwähnten Methoden der Denaturirung der Gerste sind unzulänglich. Das Verschroten schädigt die Gerste, indem es sie weniger transport- und lagerfähig macht. Die Verschrotung könnte noch dazu höchstens im strengsten Winter und auch dann nur bei kurzem Lagern in Frage kommen. Die Erhitzung der Gerste, um die Keimfähigkeit zu zerstören, muß 100 Grad betragen. Es haben entweder Diejenigen geflunkert, die vorher immer erklärten, sie wollten im Interesse der kleinen Bauern keinen 4 Mark-Minimalzoll für Futtergerste, oder es flunkern jetzt diejenigen, die sagen: „Es ist ganz egal, was geschieht, dem Bauern geschieht kein Schaden. Sie sprechen eben so, wie es Ihnen in den Kram paßt, heute so und morgen so! Die Erklärung des Reichsschatzsekretärs zeigt wieder einmal, wie sehr die Regierung die Großagrarier einseitig bevorzugt. Er sagte, im Nothfall werde die Regierung schon ein Verfahren zur Unterscheidung finden! Das wird ihr aber nicht gelingen. Die Erhöhung des Zolles auf Malzgerste ist das beste Mittel, um den kleinen und mittleren Brauer zu ruiniren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zu dieser Mittelstandspolitik gratuliere ich den Herren vom Zentrum, mit der sie auch hier beim Gerstenzoll wieder zahlreiche mittlere und kleinere Existenzen ins Elend getrieben haben. (Beifall b. d. Soz.)

Gamp (Rp.): Die Erhöhung des Gerstenzolls ist gerade von den kleinen Brauern verlangt worden. Der kleine Brauer wird auch nicht durch den Zoll geschädigt. Er kauft seine Gerste vornehmlich bei dem kleinen Bauer. Die Frage jetzt anzuschneiden ist sehr überflüssig. Durch die größere Spezialisirung des neuen Tarifs werden eine Menge solcher Fragen auftauchen, die erst durch die in Betracht kommenden Instanzen entschieden werden müssen. Die Erklärung des Schatzsekretärs hat uns voll befriedigt. Wir brauchen auf die Frage nicht näher einzugehen. (Zuruf b. d. Soz.: Weil Sie sich dabei blamieren!) Auf welcher Seite die Blamage in diesem ganzen Kampfe liegt, können Sie sehen, wenn Sie (z. d. Soz.) in den Spiegel blicken. (Lachen b. d. Soz.) Ich kann den Herren Interpellanten nur danken, daß sie uns eine so befriedigende Erklärung vom Regierungstisch octrahiert haben. (Bravo! rechts.)

Dr. Sattler (NL.): Die kleinen Bauern in Nordwestdeutschland sind in der That auf die Einfuhr ausländischer Futtergerste angewiesen. Im Uebrigen wird die ganze Frage erst praktisch bei den Handelsvertragsverhandlungen. Die Erklärung des Reichsschatzsekretärs war ausreichend.

Rösicke-Dessau (FVg.): Der Herr Schatzsekretär fragte mich, wie ich dazu käme, anzunehmen, daß beim Zoll zwischen Malz- und anderer Gerste ein Unterschied gemacht werden soll. Ich komme zu der Annahme, weil sie in der Erklärung der verbündeten Regierungen lag, und weil ich bis jetzt noch etwas auf diese Erklärung gegeben habe. Wenn man solche Erklärungen in dieser Weise wegeskamotiren will, dann kann man weiß aus schwarz machen. Aus den Erklärungen des Schatzsekretärs ergiebt sich, daß die Regierung nicht weiß, wie sie die Differenzirung vornehmen soll. Sehr naiv war es von Herrn Gamp, es als ein weitgehendes Verlangen zu bezeichnen, daß Reichstagsabgeordnete Malz- und Futtergerste unterscheiden können. Das Wort Malzgerste ist doch der Angelpunkt des ganzen Kompromisses. Wenn die Herren Gesetze machen, ohne sich über die Grundbegriffe klar zu sein, so blamiren sie damit das deutsche Parlament und die Regierung, die solchen Gesetzen zustimmt. (Sehr richtig! links.)

Rißler (K.) bestreitet, daß alle kleinen Bauern auf ausländische Gerste zur Viehfütterung angewiesen sind. Die kleinen Brauereien, die inländische Gerste verbrauchen, brauen besseres Bier, als die Großbrauer, die ausländische Gerste verwenden. Gehen Sie nur in die Staatsbrauerei Weihenstephan, wo ich täglich verkehre (Heiterkeit) und probiren Sie das dortige Bier, das ausschließlich aus bayerischen Produkten hergestellt wird.

Dr. Barth (FVg.): Die Ausführungen des Staatssekretärs bedeuteten eine geradezu unerhörte Blamage für den Reichskanzler. (Sehr richtig! links.) Bei irgend einer Gelegenheit, etwa bei seinem eigenen Etat, werden wir den Herrn Reichskanzler mit den heutigen Ausführungen des Herrn von Thielmann konfrontiren. (Höhnisches Gelächter rechts. Sehr gut! links.) Wenn es noch etwas wie Treu und Glauben im politischen Leben giebt, so mußte man doch annehmen, daß es sich bei der Unterscheidung von Brau- und Futtergerste um einen realen Unterschied und nicht blos um eine Fiction handelte. (Lebh. Zust. links.) Heute spricht Graf Stolberg mit einem gewissen Hohn davon, daß es noch Leute giebt, die die Erklärung des Reichskanzlers am 13. Dezember für baare Münze genommen haben. (Sehr gut! links.) Herr Sattler und seine Freunde haben dem Antrag Kardorff offenbar in der Voraussetzung zugestimmt, daß für Futtergerste ein geringerer Zoll in Aussicht genommen sei als für Malzgerste. Sie sind also bei ihrer Zustimmung zu dem Antrag Kardorff, der nicht mehr und nicht weniger als ein Rechtsbruch ist.

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen einen Beschluß des Reichstags nicht einen Rechtsbruch nennen, das ist nicht angängig. (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe links.)

Dr. Barth: Selbst der bekannte Strafrechtslehrer Professor Laband hat diesen Beschluß „geschäftsordnungswidrig" genannt. (Sehr richtig links. Zuruf rechts: Der versteht das nicht recht.)

Präs. Graf Ballestrem: Innerhalb dieses Hauses darf jedenfalls ein Beschluß dieses Hauses nicht ein Rechtsbruch genannt werden.

Dr. Barth: Ueber diese Beschlüsse wird die Geschichte das richtige Urtheil fällen. (Dr. Arendt: Sehr richtig! Heiterkeit.) Wir werden den Reichskanzler bei der ersten Gelegenheit veranlassen, uns über seine Aeußerungen vom 13. Dezember eine authentische Interpretation zu geben. (Beifall links.)

Dr. Sattler (NL) erklärt, daß die heutige Verhandlung nichts ergeben habe, was ihn in der Ueberzeugung, daß eine Unterscheidung möglich sei, zweifelhaft gemacht hätte. (Lachen links.)

Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die Berathung der Resolution der Abgg. Herold (Z.), v. Kardorff (RP.) und v. Kröcher (K.) bei Handelsvertragsverhandlungen möglichst nicht unter die in der zweiten Lesung beschlossenen Minimalzölle für Vieh und Fleisch herunterzugehen, überhaupt den Schutz der deutschen Landwirthschaft im Auge zu haben. Außerdem zu den Handelsvertragsverhandlungen auch landwirthschaftliche Sachverständige heranzuziehen.

Brömel (FVg.) beantragt Ablehnung bis auf den letzten Satz, der folgende Fassung erhalten soll: „Der Reichstag erwartet, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen sich der Reichskanzler des Beiraths von Sachverständigen der Land- und Forstwirthschaft, der Industrie und des Handwerks, sowie von Vertretern geeigneter Konsumenten-Vereinigungen bedienen wird."

Herold (Z.) begründet seine Resolution. Es muß Werth darauf gelegt werden, daß die vom Reichstag beschlossenen Zollsätze auch bei Handelsverträgen beibehalten werden. Wenn wir auf die Mindestzölle verzichtet haben, so sollte damit nicht zum Ausdruck gebracht sein, daß an Handelsverträgen niedrigere Sätze eingestellt werden könnten. Eine Fleischtheuerung sei nicht zu befürchten. Hoffentlich erfüllt die Regierung die Resolution, sonst trägt sie die Verantwortung, wenn die künftigen Handelsverträge vom Reichstag abgelehnt werden. Zufallbeschlüsse der Kommission, wie die Zollfreiheit für Milch, müssen beseitigt werden. Konsumenten hinzuziehen, ist unnöthig. Jeder landwirthschaftliche und industrielle Sachverständige ist zugleich Konsument. (Widerspruch links.) Wünschen wir, daß die Regierung Verträge abschließt, die unseren Wünschen entsprechen; sie darf sich nicht von dem Gedanken leiten lassen: Handelsverträge auf jeden Fall. (Beifall rechts u. i. Zentr.)

Hierauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Erste Berathung des Etats.)

Schluß 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Danzig wurden nach der amtlichen Feststellung im Ganzen 16 376 abgegen. Davon erhielten Bankdirektor Mommsen-Berlin (FVg.) 6174, Kassenführer **Bartel**-Danzig (SD.) **5569** Generalleutnant z. D. von Heydebreck-Berlin (K.) 4273, Pfarrer von Wolszlegier-Pienowskowo (Pole) 345 Stimmen. Die Stichwahl findet, wie schon gemeldet, kommenden Donnerstag statt.

Die Zerfahrenheit der Bassermann'schen Gestalten im Reichstag zeigt sich am besten an der Abstimmung über die Resolution Speck, betreffend die Kündigung von Meistbegünstigungsverträgen. Wie die nationalliberale „Nationalzeitung" zeigt, stimmten 27 Nationalliberale für die zentrums-agrarische Resolution, 5 dagegen, 2 enthielten sich, 19 fehlten. Die übrigen Fraktionen stimmten geschlossen. Die ganze Fraktion der Polen fehlte, ebenso waren sämmtliche Elsässer abwesend.

Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1900 berechnet R. E. May im Januarheft des „Schmollerschen Jahrbuches" 1903 und vergleicht es mit dem Volkseinkommen des Jahres 1895, daß er schon im Januarheft 1899 in seiner Arbeit „Das Verhältniß des Verbrauches der Massen zu demjenigen der kleinen Leute, der Wohlhabenden und Reichen" berechnet hatte. May kommt zu folgenden Resultaten: Das deutsche Volkseinkommen ist von 25,4 Milliarden Mark i. J. 1894 auf 31,2 Milliarden Mark i. J. 1900, also um 5,8 Milliarden oder 22,8 Proz. gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme um 7,8 Proz. Dieses Plus vertheilt sich jedoch recht ungleichmäßig. Die Einkommen unter 3000 Mk. sind von 19,5 auf 22,9 = 3,4 Milliarden Mark oder 17 Proz. gestiegen, während die Einkommen über 3000 Mk. von 5,9 auf 8,3 = 2,4 Milliarden Mark oder 41 Proz. gestiegen sind. Auf die oberen Einkommen entfallen rund 1,1 Milliarden mehr und auf die unteren ebenso viel weniger als bei gleichmäßiger Vertheilung des Gesammtmehreinkommens. Im Jahre 1895 machten die Einkommen unter 3000 Mk. 76,8 Proz. des Gesammtvolkseinkommens aus, i. J. 1900 nur 73,4 Proz. May schließt aus der unverhältnißmäßigen Steigerung der oberen Einkommen, daß der Unternehmergewinn stärker gestiegen ist, als der Arbeitslohn. — Die Steigerung des Lohneinkommens der bei den staatlichen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Versicherten berechnet May für die Jahre 1896—1900 pro Kopf des Versicherten auf 9,17 Proz. Der Gesammtlohn der Versicherten ist von 7,3 auf 8,8 = 1,5 Milliarden Mark oder 21,1 Proz., die Zahl der Versicherten von 11,47 auf 12,71 = 1,24 Millionen Personen oder 10,8 Proz. gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 6,24 Proz. — Der Verdienst sämmtlicher 1½ Millionen erwerbthätiger Kinder macht nach Mays Berechnungen noch nicht den dreihundertsten Theil des Volkseinkommens aus, was den Verfasser mit Recht veranlaßt, auszurufen: „Und solcher Lappalie wegen wird Gesundheit und Lebensfreude der heranwachsenden Generationen und damit gleichzeitig deren Leistungsfähigkeit vermindert!"

Das Finanzelend der Einzelstaaten, eine natürliche Folge der tollen Wirthschaft im Reich, tritt in sämmtlichen in den letzten Tagen veröffentlichten Staatshaushaltsvorschlägen zu Tage. Preußen muß mit einem enormen Defizit rechnen, selbst wenn die Siebenmillionen Automobilrennbahn und der Posener Kaiserschloßplan gestrichen werden. Württemberg muß ebenfalls pumpen gehen. Sein im „Staatsanzeiger" veröffentlichter Etatsentwurf für 1903 bis 1905 zeigt ein weniger günstiges Bild als seit Jahren. Der Staatsbedarf beträgt für beide Jahre zusammen 184 Millionen Mark, d. h. 6 Millionen Mark Mehrerforderniß. Die Einnahmen betragen 175 Millionen Mark, der Fehlbetrag 8,8 Millionen Mark. In Hessen ist es ähnlich. Aber dort findet man wenigstens den Muth, auf die Quelle des Uebels hinzuweisen und Einstellung der Vergeudungen zu verlangen. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer hat in seinem Bericht über das Staatsbudget den Antrag gestellt, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, im Bundesrath dahin zu wirken, daß das Reich durch größere Sparsamkeit und Einschränkung der Ausgaben eine Herabsetzung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten herbeiführe. Ein Mitglied des Ausschusses gab dabei seiner Meinung Ausdruck, daß eine Besserung der bisherigen Zustände in wirksamer und gerechter Weise nur dann herbeigeführt werden könne, wenn eine Reichseinkommensteuer eingeführt werde, die erst bei einem Einkommen von 5000 Mk. beginnen sollte und eine entsprechende Progression bei höherem Einkommen vorsehe.

Die „Freiheit der Wissenschaft" an der Berliner Universität. Der derzeitige Rektor der Berliner Universität, der juristische Professor Gierke, hat nach dem „Vorwärts" einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein über „Proudhomme und Lassalle — ein Vergleich" verboten; Bernstein sollte diesen Vortrag in der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung an der Universität Berlin" halten. Sein Verbot begründet Herr Gierke damit, daß ein dem Lehrkörper früher einmal angehöriger Privatdozent seine Lehrthätigkeit wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei habe aufgeben müssen, so daß man ihm (Gierke) als einem demselben Lehrkörper angehörenden Professor nicht zumuthen könne, die Erlaubniß dazu zu geben, daß in einem seiner Aufsicht unterstellten Verein ein sozialistischer Abgeordneter sozialistische Vorträge hält. Er müsse vielmehr zu verhindern und verhüten bestrebt sein, daß die sozialistischen Irrlehren in irgend einer Form Eingang in die jugendlichen Seelen fänden und sie vergifteten. — Vielleicht thut Herr Gierke noch ein Uebriges und verbietet auch den Studenten bei Strafe der Relegierung, ein sozialdemokratisches Blatt oder eine sozialistische Schrift zu lesen. Das würde logisch und konsequent sein. Um die „Freiheit der Wissenschaften" an den preußischen Universitäten ist es ein eigen Ding: frei ist dort nur, was mit dem Stempel des Hurrapatriotismus oder Heroenkultus versehen ist.

Es fehlt ein Hofnarr. Unter dieser Ueberschrift schreibt der Abg. Barth in der „Nation": „In jenen Zeiten, als die Fürsten sich Hofnarren hielten, wurden auch an Höfen gelegentlich dem Monarchen bittere Wahrheiten gesagt. Das Metier des Hofnarren war weder dankbar noch ungefährlich; die Schellenkappe saß nicht immer auf einem witzigen Haupte, und noch seltener auf einem charaktervollen. Der Hofnarr fand es zumeist bequemer, ein bloßer Höfling zu sein. Ein Hofnarr aber, der es ernst mit seinem Beruf ridendo castigare mores (unter Scherzen die höfischen Sitten zu geißeln) nahm, pflegte auf die Moral des Hofes einen bedeutsameren Einfluß auszuüben als der Oberhofprediger. Heute, wo es keine Hofnarren mehr giebt, ist es den Fürsten noch schwerer gemacht, die ungeschminkte Wahrheit zu hören. Die höfische Umgebung der Monarchen hat selten ein Interesse daran, die Wahrheit unmittelbar an den Thron gelangen zu lassen, und ein regierender Fürst muß schon einen ungewöhnlichen Scharfblick haben, wenn er durch all den schmeichlerischen Dunst, der ihn umgiebt, die Realität der Dinge zu erkennen vermag. Gäbe es an dem Hofe des Kaisers von Deutschland eine dem früheren Hofnarrenthum ähnliche Stellung, gewissermaßen das Amt eines bei Hofe akkreditierten und mit allen Vorrechten eines Botschafters ausgerüsteten Repräsentanten der öffentlichen Meinung, so hätte es nicht geschehen können, daß die Krupp-Affaire einen so unglücklichen Verlauf genommen hätte, wie es zum großen Leidwesen aller aufrichtigen Freunde der Monarchie thatsächlich geschehen ist. Die rednerische Kampagne des Kaisers gegen den sozialdemokratischen „Vorwärts" hat mit einer Niederlage geendet. Daß dieser Ausgang möglich war, daran tragen in allererster Linie Diejenigen die Schuld, welche die Verpflichtung hatten, den Kaiser zu informieren. Man hegt aber in der Bevölkerung den Verdacht, daß gerade unter Denjenigen, welche von dem Monarchen durch persönlichen Verkehr ausgezeichnet werden, Männer sich befinden, die es sich zur besonderen Aufgabe machen, den Kaiser gegen einzelne Theile der Bevölkerung, insbesondere gegen die Sozialdemokratie, aufzuhetzen. Diese Thätigkeit der Scharfmacher hat sich schon öfter als verhängnißvoll erwiesen . . . Der ungewöhnliche Schritt der „Vulkan"-Arbeiter sollte den Verbündeten Regierungen auch die Erwägung nahebringen, ob nicht ein Staatsinteresse ersten Ranges es erfordert, daß die Bevölkerung bei jeder politischen Kundgebung ihre wirkliche Ueberzeugung zum Ausdruck bringt. In einer gesunden Monarchie sollte der oberste politische Grundsatz lauten: Der König darf von niemanden angelogen werden."

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Spandau haben, der „Berl. Ztg." zufolge, ihre sämmtlichen Mandate in den städtischen Kommissionen, Deputationen und Ausschüssen niedergelegt, weil die bürgerliche Mehrheit sich beharrlich weigert, unseren Genossen Rieger, in eine der städtischen Kommissionen usw. zu wählen. Auch ein Sitz im Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung, auf den die sozialdemokratische Fraktion gemäß dem Stärkeverhältniß — sie hat nahezu ein Drittel aller Mandate inne — Anspruch erhebt, ist ihr von der Mehrheit nicht zugestanden worden.

Die reichsten Leute in Preußen. Nach der öffentlichen Statistik der Einkommensteuerveranlagungen für **1902** giebt es in Preußen 2762 Einzel-Personen mit einem Einkommen von über 100 000 Mk. Das sind 15 weniger als im Jahre vorher. Davon wohnten nur 96 auf dem Lande. Von den 2762 Personen hatten 1330 (1901 : 1317) ein Einkommen von 100 000—150 000 Mark, 531 (572) ein solches von 150 000—200 000 Mk., 470 (436) 200 000—300 000 Mk., 183 (182) 300 000 bis 400 000 Mk., 80 (95) 400 000—500 000 Mk., 108 (113) von 500 000 bis 1 Million Mark und 60 (67) von mehr als 1 Million Mark. Unter den Einkommenmillionären befanden sich 44 (1901 50) mit 1—2 Millionen Mark, 8 (10) mit 2—3 Millionen, 2 (2) mit 3—4 Millionen, 3 (3) mit 4—5 Millionen, 2 (1) mit 5—6 Millionen und 1 (1) mit **20—21** Millionen Mark (Krupp). Von den Einkommenmillionären wohnen 45 in den Städten und 15 auf dem platten Lande.

Zu dem Kampf für Religion, Ordnung und Sitte, der Freitag Vormittag im Grunewald stattfand, wird jetzt berichtet, daß der im Pistolenduell ermordete der Rechtsanwalt Dr. Aye aus Flensburg ist. Er hinterläßt Frau und vier Kinder. Sein Gegner war der Oberleutnant der ostafrikanischen Schutztruppe Werner v. Grawert, der sich seit dem Herbst auf Urlaub in der Heimath befindet. Wie ein Berliner Lokalblatt zu berichten weiß, handelt es sich bei dem Duell um einen ernsten Konflikt, dessen Veranlassung längere Zeit zurückliegt, nicht etwa um ein rasches Wort oder eine That des Augenblicks. Angeblich haben mehrfach Verhandlungen stattgefunden, um, wenn möglich, den Zweikampf zu vermeiden, und der Ehrenrath hat sich mit dem Fall sehr eingehend beschäftigt. Daraus erklärt sich auch, daß Dr. Aye schon Donnerstag nach Berlin kam, während das Duell erst am Freitag stattfand. Uebrigens muß am Donnerstag jede Aussicht auf gütliche Beilegung des Streites geschwunden sein, da an diesem Tage mehrere Offiziere der Schutztruppe nach dem Stern im Grunewald kamen, um den Platz für das Duell auszuwählen. Grawert hat sich sofort nach dem Duell seiner Kommandobehörde gestellt.

Der empfindliche Magistrat. Die Strafkammer in Nürnberg verurtheilte den Redakteur der „Metallarbeiterzeitung" Rudolf-Stuttgart zu vier

Monaten Gefängniß wegen Beleidigung des „freisinnigen" Stadtmagistrats von Nürnberg, begangen am 23. September in einer von ihm gehaltenen Schlußrede gelegentlich einer Volksversammlung nach einem Referate Bebels. Rudolf war damals noch Vorsitzender des Nürnberger sozialdemokratischen Vereins.

Die Affaire der Kronprinzessin von Sachsen hat, wie über München berichtet wird, eine überraschende Wendung genommen. Es sind alle Verhandlungen, die auf einem gütlichen Ausgleich und eine mildere Form der Scheidung abzielten, abgebrochen worden, da die Kronprinzessin neue Bedingungen gestellt hat. Sie verlangt, daß ihr der Aufenthalt in Sachsen jederzeit gestattet werde, und außer einer fürstlichen Apanage der Zutritt zu ihren Kindern mindestens zweimal monatlich, bei einer Erkrankung eines von ihnen jederzeit zustehe. Der König und der Kronprinz lehnten jedoch die Bedingungen ohne weiteres ab und werden „unbedingt dem Ehegerichtshof am 28. d. M. die Trennung aus Verschulden der Gattin mit allen sich aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch ergebenden Konsequenzen beantragen." — Wie übrigens „Wolffs Bureau" meldet, haben die Kronprinzessin und Giron zusammen Genf verlassen. Das Ziel der Reise ist noch unbekannt.

Kleine politische Nachrichten. Dem Reichstage ging ein Antrag der Abg. Oriola und Roon zu, den Reichstag zu ersuchen, das seit Jahren erwartete Militärpensionsgesetz noch in dieser Session dem Reichstage vorzulegen. — Der nationalliberale Reichstagsabg. für Hamm-Soest, Schulze-Steinen, hat nach der „Voss. Ztg," endgiltig erklärt, für den Reichstag nicht mehr kandidiren zu wollen. — Im Kreise Ahaus-Steinfurt-Tecklenburg wurde als Zentrumskandidat für die nächste Reichstagswahl Abg. Herold aufgestellt, nachdem der bisherige Vertreter Timmermann eine Kandidatur abgelehnt hat. Fühlt sich Herold in seinem bisherigen Kreise (7. Kassel) wegen seiner Haltung beim Zolltarif nicht mehr sicher genug? — Eine Versammlung von Zentrumsmännern in Berlin beschloß die Gründung einer großen politischen Organisation der Katholiken von Berlin und Umgebung. — Der nach Venezuela bestimmte Kreuzer „Sperber" erlitt auf der Fahrt nach Vigo (Spanien) Havarie am Ruder und blieb dort zur Reparatur. — Der Regimentsarzt Oberstabsarzt Dr. Hampe, der aufsichtsführende Arzt bei der Geraer Textilkrankenkasse ist, wo die Aerzte streiken, hat, wie der „Voigtländische Anzeiger" meldet, seinen Austritt aus dem Aerzteverein erklärt und behält die Oberleitung bei der Textilkrankenkasse fort. — Sämmtliche Israeliten des Städtchens Konitz stellten zufolge einer Meldung der „Bresl. Zeitung" gegen Ahlwardt wegen Beleidigungen in einer im Oktober v. J. zu Berlin gehaltenen Rede Strafantrag. — In Leipzig wurde die Sensationsbroschüre „Ehebruch und Königsthron, der Liebesroman der Kronprinzessin von Sachsen" (Verlag von Schneider in Pößneck) beschlagnahmt. — Das serbische „Amtsblatt" veröffentlicht einen von sämmtlichen Ministern gegengezeichneten Ukas, durch welchen die am 6. Juli 1902 für das Jahr 1902 einberufene Skupschtina geschlossen wird. Nach Artikel 44 der Verfassung braucht die Regierung die Tagung für 1903 nicht vor dem 1. Oktober d. J. einzuberufen. — In Südafrika sind die Versuche, asiatische Arbeiter für die Minen von Transvaal heranzuziehen, mißglückt: alle indischen Arbeiter, die für die Arbeit in den Minen von Koffyfontein angenommen worden waren, sind in ihre Heimath zurückgekehrt, weil ihnen die Arbeiter zu schwer ist.

Oesterreich-Ungarn.

Das Ende der Obstruktion. Nach 54stündiger Dauer hat Sonnabend Nachmittag um 5 Uhr die längste Sitzung, die ein europäisches Parlament je abgehalten hat, ihren Abschluß gefunden Die Obstruktion der Tschechisch-Radikalen und der tschechischen Agrarier war allerdings schon etwas früher, um 2½ Uhr, durch ein Kompromiß beendet worden: die beiden Gruppen, die übrigens zusammen nur neun Mitglieder zählen, hatten schließlich angesichts des passiven Widerstandes der Majorität, die sich an der Debatte nicht betheiligte, jeden Vertagungsantrag ablehnte und nur für die Aufrechterhaltung der Beschlußfähigkeit des Hauses sorgte, in eine abgekürzte Verhandlung ihrer Dringlichkeitsanträge, soweit diese nicht zurückgestellt oder zurückgezogen wurden, gewilligt. Das Haus ging dann, nachdem noch ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Stein, betreffend sofortige Vornahme der ersten Lesung des Budgets, mit 89 gegen 72 Stimmen abgelehnt worden war, zur Tagesordnung, d. h. zur ersten Lesung der Brüsseler Zuckerkonvention, über. An der Debatte betheiligten sich Kulp, Jaworski, Peschka und Barwinski, worauf die Vorlage einem Ausschusse von 48 Mitgliedern überwiesen wurde. Hierauf wurde die Sitzung um 5 Uhr abends geschlossen. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch anberaumt.

Rumänien.

Um parteipolitische Agitationen und Zwistigkeiten von der Armee fernzuhalten, hat der Kriegsminister eine Verordnung erlassen, welche allen Offizieren und Militärbeamten mit Offiziersrang die Theilnahme an politischen Wahlen untersagt.

Marokko.

Die Entscheidungsschlacht zwischen dem Sultan und dem Prätendenten hat noch immer nicht stattgefunden. Was sonst an Nachrichten vorliegt, kann unberücksichtigt bleiben; denn, wie immer, widersprechen sie einander direkt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 19. Januar 1903.

Für Nieter und Stemmer ist über den Bremer „Vulkan" in Vegesack die Sperre verhängt. Es wird dringend ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Die Lübecker Ortskrankenkasse hat für Dienstag Abend einen Vortragsabend arrangirt. Derselbe findet im „Konzerthaus Fünfhausen" statt, und zwar wird Herr Inspektor Oberländer über die Krankenversicherung sprechen. Nach dem Vortrag findet eine Aussprache statt. In Anbetracht dessen, daß bei den Versicherten selbst noch vielfach Unklarheiten über die Krankenversicherung herrschen, ist es recht löblich, daß die Kasse nunmehr den Versuch macht, durch öffentliche Vorträge das Publikum zu belehren. Hoffentlich wird der Vortrag zahlreich besucht.

Mit Calwers Privatansichten über Zollverträge und Zollkriege, die bekanntlich von der auf den Parteitagen festgelegten Marschroute etwas abweichen, gehen die „Lübeckischen Anzeigen" wieder einmal krebsen, angeregt durch das Beispiel, das ihnen der Lederkönig von Worms, Herr Frhr. v. Heyl, im Reichstage gegeben hat. Auf Grund der Verhandlungen auf dem Mainzer Parteitage erklärt das lübsche Brodwuchererblatt, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion den von Calwer in Mainz vorgetragenen Anschauungen „diametral widerspreche." Angenommen, diese Ansicht der „Lüb. Anz." entspräche der Wahrheit, was wäre damit bewiesen? Rein nichts! Nicht die Privatansichten des Genossen X, Y oder Z sind für die sozialdemokratische Fraktion in all ihrem Thun bindend, sondern einzig und allein die Beschlüsse der Parteitage. Nun weiß aber außerdem jeder einigermaßen unterrichtete Politiker — im Adreßhause, wo man jeden Tag die sozialdemokratische Partei zu Tode lügen muß, hat man allerdings keine Zeit, sich zu unterrichten — daß der Mainzer Parteitag durchaus nicht den von Calwer in seinem dunkeln Referat angegebenen Weg beschritten hat. Was soll also das ganze Geseire? Die „Lüb. Anz." dürfen nicht die sozialdemokratische Fraktion mit den Bassermann'schen Gestalten im Reichstage verwechseln. In der Sozialdemokratie herrscht Disziplin, bei den Nationalliberalen dagegen Zerfahrenheit!

Die Arbeiterbildungsschule beginnt am kommenden Mittwoch Abend 8½ Uhr präzise im „Vereinshaus" einen neuen Kursus in Rede-Uebung, bestehend in Referaten und Diskussionen über Themata aus dem politischen, gewerkschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Leben. Da der monatliche Beitrag nur 30 Pfg. beträgt und für denselben die Theilnahme an obigem, sowie an dem bereits bestehenden Rechenkursus freisteht, so ist zu erwarten, daß sich die Lübecker Arbeiterschaft recht zahlreich an diesem Kursus betheiligen wird. Wissen ist Macht! Macht ist Wissen!

Arbeiterrisiko. Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich, wie man uns mittheilt, Sonnabend Nachmittag gegen 2 Uhr auf Kochs Werft, Der Zimmermann Wilhelm Kohlmetz, ein noch junger Mann, der erst im vergangenen Herbst von der Marine losgekommen ist, stürzte von der Backstellage dadurch herab, daß ein Brett nicht genügend befestigt war. Beim Sturz fiel der Unglückliche dann noch auf einen Stützen, glitt denselben hinunter und landete schließlich auf einem Winkel, der zur Abstützung der Stützen dient. K., der schwere Verletzungen davon getragen hat, wurde mittelst Sanitätswagen in die elterliche Wohnung geschafft, nachdem ihm Herr Dr. v. Thaden den ersten Verband angelegt hatte.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Gielbauarbeiten ist die Strecke der Uhlandstraße von der Cronsforder Allee bis zur Friedrich Wilhelmstraße von heute ab bis zur Fertigstellung gesperrt.

Der Ausschuß der Lübeck-Büchener Bahn bewilligte, so drahtet man dem „Hamb. Cour." aus Lübeck, eine Gehaltserhöhung für sämmtliche Angestellte. — Die Fassung: „eine Gehaltserhöhung" läßt vermuthen, daß, falls sich die Nachricht überhaupt bestätigt, die Gehaltserhöhung sicherlich nicht allzu reichlich ausgefallen ist. Bei der bekannten Knickerigkeit der Bahnverwaltung muß man indessen schon zufrieden sein, wenn nur irgend etwas gewährt wird.

Der Antheil Mecklenburgs zu den Kosten des Bahnhofsumbaues in Lübeck beträgt 1 Million Mark, zahlbar nach Maßgabe des Fortschrittes der Bauausführungen. Für das kommende Rechnungsjahr hat die Generaldirektion der mecklenburgischen Staatsbahnen bereits 300 000 Mark zu diesem Zwecke in das Budget eingestellt.

-o- **Zirkus Variete** (Reuterkrug). Es ist ein feines Programm, welches man im Zirkus Variete für die kommenden acht Tage zusammengestellt hat, fein in jeder Beziehung. Vor allem sei die Parterreakrobaten-Truppe De Toma erwähnt. Was diese drei verhältnißmäßig noch jungen Herren unter mehr passiver, als aktiver Assistenz einer Dame in ihrem Fache leisten, grenzt geradezu ans Fabelhafte. Dabei muß man staunen ob des vielen völlig Neuen, das sie bieten. Ihr größter und schwierigster Tric, den sie noch dazu höchst sicher und elegant ausführen, besteht darin, daß sie von Kopf zu Kopf eine sog. lebende Brücke schlagen und dann a tempo sich drehen, und zwar sowohl die beiden Untermänner, als auch der Mittelsmann. Selbstverständlich fehlte es den Künstlern nicht an rauschendem Beifall. Nächst ihnen schätzen wir die Leistung des Pöttinger Quintetts am höchsten ein. Es geht doch nichts über schönen Gesang! Bei den Pöttinger kommt aber noch dazu, daß sie sich in ihren kleidsamen, prächtigen schwedischen Nationalkostümen vorstellen und dadurch den Reiz ihrer Leistung ungemein erhöhen. Vielen Beifall fanden auch die von ihnen graziös und chic ausgeführten schwedischen Nationaltänze. Nicht minder Vorzügliches bieten die 3 Cleos mit ihrem Bühnen-Luft-Trampolinakt; sie sind sozusagen in allen Sätteln der artistischen Spiele gerecht. Die drei Hartfords sind nicht nur firme Kunstradfahrer, sondern zugleich auch elegante Akrobaten und wissen beides sehr gut zu vereinen. Etwas für Lübeck Neues bieten die Grics; sie formen aus alten Lumpen die schönsten Gemälde. Zur Vervollständigung des Programms tragen der Gesangs- und Tanzhumorist Eugen Milardo, der sich, gedrängt durch den Beifall des Publikums, immer und immer wieder zu Zugaben verstehen mußte, sowie die Soubrette Liesa Melani in bester Weise bei. Den Schluß bildeten wie üblich gutgelungene Vorführungen von Droese's Biographen. Wir müssen offen gestehen, daß wir selten von einem Programm im Zirkus so befriedigt worden sind, wie von dem jetzigen. Es ist auch nicht eine einzige Nummer darunter, die uns unbefriedigt gelassen oder gar unser Mißfallen erregt hätte.

Obgesiegt hat der frühere Schutzmann E. Pogodski in Berlin in seiner Klage gegen den lübschen Staat. P. wurde nach sechsmonatlichem Probedienste am 16. Februar 1898 mit Pensionsberechtigung und vierwöchentlicher Kündigung als lübeckischer Schutzmann angestellt. Am 25. Januar 1900 wurde ihm jedoch bereits gekündigt. P. behauptete nun in seiner Klage, daß er sich im Dienste die Schwindsucht zugezogen habe, und daß die Kündigung nur deshalb erfolgt sei, weil seine völlige Dienstuntauglichkeit nahe bevorgestanden hätte. Während die 1. Zivilkammer des Lübecker Landgerichts dem klagenden Pogodski jedes Anrecht auf Entschädigungspflicht seitens des lübschen Staates abgesprochen hatte, erklärte das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, bei dem P. Berufung eingelegt hatte, den lübschen Staat für verpflichtet, dem Kläger eine in monatlichen Raten zu zahlende jährliche Pension von 400 Mk. zu gewähren, und zwar nachzahlbar vom 1. März 1901 an.

Das kommt von der Liebe. Der Musketier H. von der 4. Kompagnie des Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 162 hatte Weihnachten Urlaub in seine Heimath, Flensburg, erhalten. Am 29. Dezember war sein Urlaub abgelaufen. Auf der Rückreise konnte er sich nicht enthalten, noch einen Abstecher nach Hamburg zu machen, um dort seine Braut zu besuchen. Die Zeit verging ihm nun im trauten Tête à tête mit seiner Geliebten so schnell, daß er schließlich den Anschluß nach Lübeck verpaßte. Aus Furcht vor der zu erwartenden Strafe wagte er sich jetzt erst recht nicht nach Lübeck, trieb sich vielmehr in Hamburg herum, bis ihn endlich ein Schutzmann verhaftete. Der Angeklagte, der in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 17. Division in Hamburg durchaus geständig war, versicherte, nicht die Absicht gehabt zu haben, sich dauernd seiner Dienstpflicht zu entziehen. Das Gericht glaubte ihm das und ließ es deshalb bei 14 Tagen Mittelarrest bewenden; der Vertreter der Anklage hatte 4 Wochen beantragt.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. In unserer heutigen Nummer bringt die Vereinsleitung noch einmal die nächsten Veranstaltungen des Vereins zur Anzeige. Am 23. Januar findet danach ein Vortrag des Herrn Dr. Reifenstuhl statt. Sein Thema: „Die idealen Ziele der Naturheilbewegung usw." verspricht recht viel. Der Vortrag findet im großen Kasinosaal, Beckergrube, statt. Weiter wird schon auf den Kartenverkauf für das am 6. Februar im „Colosseum" stattfindende Stiftungsfest des Vereins hingewiesen. Wie wir vernommen haben, ist ein vielversprechendes künstlerisches Programm zusammengestellt worden, da u. a. zwei schätzenswerthe Kräfte: Herr Kapellmeister Jessel und Frau Grace Isabella Moll, eine hochgeschätzte Gesangslehrerin unserer Stadt, ihre Mitwirkung zugesagt haben. Nach den Vorträgen kommt, wie in den früheren Jahren, der übliche Ball an die Reihe. Die Eintrittspreise im Vorverkauf sind dieselben wie im Vorjahre.

Handelsregister. Am 17. Januar wurde eingetragen: bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Dr. Steinorth u. Ferner in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter K. J. E. E. Lüedecke ist alleiniger Inhaber der Firma.

Stadt-Theater. Man schreibt uns aus dem Theaterbureau: Dienstag wird, wie schon angekündigt, Signorina Franceschina Prevosti, welche durch ihre früheren Gastspiele ein Freund der Lübecker Publikums geworden ist, in „La Traviata" gastiren. Die Künstlerin wird an unserer Bühne nur zwei Mal auftreten; die Gastspiele finden bei Gastspiel-Preisen statt. Mittwoch geht das Drama „Der Sonnenwendtag" von Schönherr zum ersten Mal in Szene. Das Aufsehen erregende Stück ist in Wien am Burgtheater und in Berlin am Deutschen Theater mit großem Erfolge aufgeführt und seitdem von den meisten deutschen Bühnen zur Aufführung angenommen worden.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Köpenick, an welchem eine ihm durch das Schöffengericht in Köpenick wegen schwerer Körperverletzung zuerkannte Gefängnißstrafe von 3 Monaten zu vollstrecken ist. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Friedeberg i. N., der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schönberg i. M. wegen Brandstiftung steckbrieflich verfolgt wird.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ueberfällig ist der Schleppdampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Export", der am 1. Januar nach Larvig (Schweden) abging, ohne bisher an seinem Bestimmungsorte anzukommen. Die Gesellschaft ist deshalb besorgt um das Schiff und die aus 12 Mann bestehende Besatzung. Sie hat einen anderen Dampfer nachgeschickt, welcher sich um den Verbleib des Schleppdampfers bekümmern soll. Bis jetzt ist jedoch keine Nachricht nach Hamburg gelangt. — Vom Tode des Ertrinkens glücklich gerettet wurden die beiden neunjährigen Schulknaben Rohr und Nitschmann in Ahrensburg. Sie waren auf das dünne Eis der Au gegangen, eingebrochen und versunken. Der Arbeiter Haske, der den Vorgang mit angesehen hatte, eilte rasch hinzu, schob ihnen eine Leiter entgegen und entzog die Knaben so der Gefahr. — Ein Fischer in Glückstadt fand dieser Tage in einer Austernschale eine Perle von blauschwarzer Farbe, welche nach dem Urtheil Sachverständiger einen großen Werth repräsentirt. Dem Vernehmen nach sind dem glücklichen Finder bereits 5000 Mk. für dieselbe geboten. — In Ries bei Apenrade brannte ein von drei Familien bewohntes Arbeitshaus nieder. Fast aller Hausrath ist verbrannt. Eine alte Frau konnte nur noch mit knapper Noth gerettet werden.

Hamburg. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft nahm die schon einmal abgelehnte, und jetzt aufs Neue beantragte Nachbewilligung von 60 000 Mark für das Werk- und Armenhaus einen breiten Raum in der Debatte ein. Die Veruntreuungen des vor einigen Tagen zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilten Direktors Moraht spielten dabei selbstverständlich eine hervorragende Rolle. Die Verwaltung des Werk- und Armenhauses hat Gelder ausgegeben für bestimmte Zwecke, ohne dazu die Genehmigung des Senats und der Bürgerschaft eingeholt zu haben. Die Bürgerschaft verlangte deshalb, daß Indemnität nachgesucht werden solle. Die Senatskommissare bemühten sich vergeblich, die Nachbewilligung durchzudrücken, doch wurde eine direkte Ablehnung verhindert und der Senatsantrag einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen. Die Wirthschaft im Werk- und Armenhause fand in der Debotte eine grelle Beleuchtung. — Als Hörige und Sklaven scheint das Hamburger Amtsgericht (Vorsitzender Dr. Gordon) noch die Dienstboten zu betrachten. In einem Urtheile, das es jüngst in einem Zivilprozeß gefällt hat, vertrat dieses Gericht, nach dem „Echo", den fast unglaublichen Standpunkt, daß eine Dienstherrschaft berechtigt sei, ihren Dienstboten das Tragen jeglichen Schmucks zu untersagen, und daß ein Zuwiderhandeln gegen dieses Verbot eine „Unbotmäßigkeit" im Sinne der Dienstboten-Ordnung sei. Der Standpunkt des Herrn Amtsrichters paßt wohl in die Jahrhunderte zurückliegende Zeit der Sklaverei und Leibeigenschaft, ganz gewiß aber nicht in unsere Zeit des sogenannten freien Arbeitsvertrages. Wir erwarten denn auch, daß die höhere Instanz das Gordon'sche Urtheil wieder aufheben wird.

Neumünster. Lohnbewegung im Baugewerbe. Den Bauarbeitern wurde bisher je nach Leistung 35 bis 38 Pfg. pro Stunde gezahlt. Sie haben deshalb an die „Bauhütte" die Forderung auf 40 Pfg. gestellt. Diese Forderung ist jedoch abgelehnt worden; die Meister sind nur bereit, vom 1. April ab einen Stundenlohn von 38 Pfg. zu geben. Die Verhandlungen dauern noch fort.

Kiel. Wegen fahrlässigen Verschuldens der Strandung des Linienschiffes „Wittelsbach" auf dem Falskom-Riff verurtheilte das Kriegsgericht des ersten Geschwaders den Kapitän z. S. Wallmann zu 3 Wochen Stubenarrest. In den Urtheilsgründen hieß es nach der „Kieler Ztg.", daß für den Angeklagten kein zwingender Grund vorlag, die Durchfahrt durch die Sprogö-Enge im Nebel zu wagen, daß er die Unsicherheit der Stromverhältnisse im Belt bei seinen Bestimmungen hätte in Betracht ziehen müssen, und daß er insoweit auch gefehlt habe, als er nach den letzten navigatorischen Bestimmungen auf dem Elefantengrund die Fahrt nicht mäßigte und andere Maßregeln zur

Sicherheit der Fahrt getroffen, und weiter, daß er durch diese nicht genügende Wahrnehmung seines Dienstes den Unfall herbeigeführt habe. Bei der Strafabmessung kam zu seinen Gunsten in Betracht, daß er persönlich bei dem Unfall seinen Dienst in sachentsprechender Weise geführt hat, und daß er lediglich auf Grund falscher Voraussetzungen zur Begehung des Deliktes gekommen ist. Wie aus dem Gutachten der Kaiserlichen Werft hervorgeht, wird der Schaden, den „Wittelsbach" bei der Strandung genommen hat, etwa 100000 Mk. Kosten verursachen. — Der Provinziallandtag für Schleswig-Holstein wird am 8. März in Schleswig zusammentreten. — Ein Messer-Attentat auf seine Frau hat der Fuhrmann und Höker Meins hierselbst verübt. Meins wollte auf einer hiesigen Brauerei die ihm zustehenden Prozente für bezogene Bierlieferungen abholen, als er erfuhr, daß seine Frau das Geld bereits abgehoben hatte. Hierüber gerieth er in solche Aufregung, daß er auf seine Frau mit einem Messer eindrang und sie durch zwei Stiche in die Brust verwundete.

Schleswig. Die Unterschlagungen bei der Spar- und Hilfskasse. Bis Freitag Mittag hatten die Revisioren bereits eine Differenz von 86000 Mk. festgestellt. Die Sparanlagen erscheinen jedoch erst gefährdet, wenn der Fehlbetrag über 100000 Mk. hinausgeht, da ein Betrag bis zu dieser Höhe durch Haftung der Mitglieder, Reservefonds usw. Deckung finden dürfte. Man befürchtet jedoch, daß die veruntreute Summe erheblich höher ist, und die Verluste der Sparbeträge würden dann insbesondere kleine Leute, Gewerbetreibende, Dienstboten usw. treffen, die ihre Nothgroschen bei der Kasse sicher wähnten. Die Kasse ist bis Dienstag geschlossen. Der Aufsichtsrath hat die Vermögensobjekte des Kassirers beschlagnahmt und Konkurs über dessen Vermögen beantragt.

Rostock. Ein Majestätsbeleidigungsprozeß fand Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer statt. Der Attentäter war der Händler Gorsky. Verhandelt wurde wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung (!) hinter verschlossenen Thüren. Der Anklage zu Grunde lagen Auslassungen des Angeklagten, welche derselbe unter der Wirkung von Spirituosen in einer Gastwirthschaft gemacht hatte. Das öffentlich verkündete Urtheil lautete auf Freisprechung, da auf Grund des als Sachverständigen geladenen Professors Schuchard der Angeklagte, wenn er Alkohol genossen hat, nicht mehr Herr seiner Willensäußerung ist.

Bremen. In der Bürgerrechts- und Staatsbürgereides-Frage hatte die Deputation, die sich mit der Frage beschäftigte, einen Gesetzentwurf in der Bürgerschaft eingebracht, der die Dinge im Wesentlichen beim Alten lassen wollte. Die sozialdemokratische Anregung, die Gebühr von 16,50 Mark auf 5 Mark herabzusetzen oder ganz aufzuheben und die Frist zwischen der Ableistung des Bürgereides und der Erlangung des Wahlrechts ganz abzukürzen, empfehle sich nicht; die Herabsetzung der erwähnten Frist von drei auf zwei Jahre erachtete die Kommission nur in dem Falle für zulässig, daß schon eine dreijährige Staatsangehörigkeit vorhanden ist. Aus der Mitte der Bürgerschaft kam eine Reihe von Anträgen, die in der Einschränkung theils noch weiter ging, (z. B. die Erwerbung des Bürgerrechts für Ausländer mit einer Gebühr von 50 Mark belegen wollte), theils den Wünschen der Linken viel weiter entgegenkam. Die Bürgerschaft erachtete es jedoch für rathsam, die ganze Angelegenheit an eine neue Kommission zu überweisen, wogegen jedoch die Sozialdemokratie lebhaft Einsprache erhob. Unser Genosse Ebert geißelte das Verhalten der Bürgerschaftsmehrheit, die Sozialdemokraten von fast allen Kommissionen auszuschließen. Die ganze Sache solle lediglich in der Kommission begraben werden. Die Bürgerschaft beschloß jedoch trotz des sozialdemokratischen Widerspruchs Verweisung an eine Kommission.

Wilhelmshaven. Die Verhaftung des Korvetten-Kapitäns z. D. R. Kayser ist, wie weiter gemeldet wird, erfolgt, weil sich Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der ihm anvertrauten Dienstsachen herausgestellt haben sollen. Kapitän z. D. Kayser selbst hat in Briefen und Telegrammen an seine in Charlottenburg wohnende Familie der festen Zuversicht Ausdruck gegeben, daß er von dem schwer auf ihm lastenden Verdacht alsbald befreit und in kurzem in der Lage sein würde, zu seiner Familie zurückzukehren.

Letzte Nachrichten.

Sorau. Zwei Personen überfahren. Sonnabend Vormittag wurden zwei Streckenarbeiter vom Kottbuser Schnellzug überfahren; der eine wurde vollständig zermalmt, der andere erlag ebenfalls alsbald seinen furchtbaren Verletzungen.

Krefeld. Der flüchtige Kassierer des hiesigen Theaters wurde Sonnabend Nachmittag in Antwerpen verhaftet.

Rom. Verschüttete Stadt. Am Sornoflusse unweit Pompeji wurden Spuren einer anderen vom Vesuv verschütteten Stadt entdeckt, die mehrere Jahrhunderte vor Pompeji unterging. Die italienische Regierung hat die Ausgrabung verfügt.

Petersburg. Durch das letzte Erdbeben in Andischan kamen nach den letzten Nachrichten, die aus Mittelasien eingelaufen sind, mehr als 7000 Menschen ums Leben. Die Zahl der Verwundeten ließ sich nicht feststellen. Der angerichtete Schaden wird auf mehr als 15 Millionen Rubel berechnet. Es ist augenblicklich in Andischan außerordentlich kalt, und die verarmten Einwohner leiden unendlich. Fortgesetzte Erdstöße erregen trotz ihrer Schwäche Beunruhigung.

Literarisches.

Bebels Broschüre „Unsere Ziele" ist soeben in 11. Auflage in der „Buchhandlung Vorwärts" erschienen. Im Jahre 1869 hatte Bebel in einer Versammlung in Stuttgart eine Polemik mit einem Mitgliede der Volkspartei. Ein Organ dieser Partei, die „Demokratische Korrespondenz", zog in drei langen Artikeln gegen Bebels sozialistische Tendenzen zu Felde. Im Leipziger „Volksstaat" vertrat Bebel seine Anschauungen und so entstand die Broschüre, die seitdem in der Partei große Verbreitung gefunden hat und jetzt von der Parteibuchhandlung, durch immer noch starke Nachfrage veranlaßt, neu herausgegeben wurde. In seinem Vorwort zu dieser Auflage sagt Bebel: „daß die Schrift noch immer Leser findet, ist wohl dem Bestreben zuzuschreiben, sich über eine Periode in der Bewegung zu unterrichten, die zweifellos eine interessante war, ohne die die Bewegung nicht wäre, was sie heute ist." Diesen Werden unserer Partei spiegelt die Broschüre wieder. Die lebendige Sprache, durch die sich Schrift auszeichnet, ist aber geeignet, auch heute noch der sozialistischen Bewegung neue Anhänger zuzuführen und deshalb empfiehlt sich noch immer ihre Verbreitung als Agitationsschrift. Der Preis ist 30 Pfg. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen entgegen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 17. Januar.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Zugeführt wurden 1460 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandschweine, schwere 57—58 Mk., leichte 56—57 Mark, Sauen 50—54 Mk. und Ferkel 50—55 Mk. pro 100 Pfund.

Für erwiesene zahlreiche Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit sagen unsern

herzlichen Dank.

Wilh. Meier und Frau.

Rubin.

Der vorzügliche Glühstrumpf

Rubin

ist zu haben bei:
Gebr. Begasse, Uhlandstr. 7.
Carl Buchholtz, Fackenburger Allee 10 b.
Gottfr Gläser, Mühlenbrücke 7 a.
Derselbe, Spillerstr 12.
E. Glaessner, Breitestr. 45.
W. Haake, Mengstr. 6.
Carl Heynert, Moislinger Allee 6 a.
Arthur Hill, Johannisstr. 9.
Bernh. Kittel, Schulstr. 11.
Derselbe, Langereihe 19.
Heinr. Pagels, Breitestr 91—93.
Gottfr. Pump, Königstr. 102.
Hermann Richelsen, Königstraße 111, Ecke Aegidienstraße.
P. Ruperti, Hinter St. Petri 23.
Ernst Schmidt, Brunstraße 24.
Heinr. Schröder, Fleischhauerstr. 9.
Wilhelm Schubert, Pferdemarkt 3.
Georg Thode, Großer Kiesau 17.
Aug. Vietig, Fischergrube 43—45
Adolph Weguer, Fünfhausen 3.
W. Hellmann in Eutin.
Heinr Lindenstruth in Mölln i. L.

Preis 70 Pfg. per Stück.

Niederlage bei:

Otto Schweichler, Lübeck.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Telefon 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Röcke, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel außerordentlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck)

Versammlung

am Dienstag den 20. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1902.
3. Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen.
4. Fragekasten. 5. Verschiedenes.

NB. Jedes Mitglied muß in der Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Unser

Inventur- u. Reste-Ausverkauf

beginnt am Dienstag den 20. Januar.

Als besonders preiswerth empfehlen wir:

Schwarze und farbige Unterröcke, Schürzen.

Kleiderstoff-
Schürzen-
Handtücher-
Hemdentuch-
Laken-Leinen-
Gardinen-
Bettzeug-

Reste
Reste
Reste

Ein Posten angeschmutzte Wäsche.
Ein Posten Tisch- und Gläsertücher.
Ein Posten Normal-Unterzeuge.
Ein Posten Arbeitshosen.
Ein Posten Herren- und Knaben-Anzüge.
Ein Posten Arbeitshemden.
Ein Posten Lodenjoppen.

Sämmtliche Artikel sind extra ausgelegt und werden zu fabelhaft billigen Preisen abgegeben.

Günstige Gelegenheit für Einkäufe ganzer Aussteuern, sowie auch zur Konfirmation.

Bahr & Umlandt, 31 Breitestrasse 31.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Freitag den 23. Jan., Abds. 8½ Uhr

Vortrag

im großen Kasinosaal, Beckergrube.

Herr Dr. med. Reifenstuhl:

Die idealen Ziele der Naturheilbewegung und ihre praktische Verwirklichung mit besonderer Berücksichtigung der Diätetik.

Mitglieder nach § 3a der Satzungen freien Zutritt. Für Nichtmitglieder beträgt der Eintrittspreis 30 Pfg. im Vorverkauf und 50 Pfg an der Abendkasse. Karten sind zu haben in der Buchhandlung des Herrn Weiland.

Freitag den 6. Febr., Abds. 7½ Uhr

Stiftungsfest

im Colosseum.

Reichhaltiges Vortrags-programm.

Karten für: 1. Mitglieder bei den Herren Grünan, Beckergrube 8, part., Soroe, St. Burgstr. 46, II, und den Vereinsboten. 2. Für Nichtmitglieder in der Buchhandlung des Herrn Weiland, Königstr.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.

Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Circus Variété Reuterkrug.

Nur noch 7 Tage.
Man muß das große
schwedische Pöttingerquintett
gehört und in ihren Nationaltänzen gesehen haben.
Nur eine Stimme
hörte man. So etwas wie die
Toma-Truppe
die Kunstradfahrer **Hartford**
die 3 Cleas
sowie die anderen Spezialitäten
sind hier bei dem viel Guten gesehenen doch noch nicht gesehen
Niemand versäume daher diesen Prachtspielplan. Anfang 8 Uhr.
Der Circus ist auf's Beste geheizt.

Geschäfts-Anzeige.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in meinem Hause Sedanstraße Nr. 1a

ein Kolonial- und Fettwaaren-Geschäft,

auch: Brot, Bier, Kartoffeln, Schulutensilien, Feuerung u. s. w.

Es wird mein Bestreben sein, stets nur beste Waare zu billigsten Preisen zu liefern.

Hochachtungsvoll

C. Buchholz.

Panorama

(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche:

Potsdam

u. die interessanten kaiserlichen Schlösser.

Stadt-Theater.

Dienstag den 20. Januar, 7½ Uhr:
114. Vorst. 100. Ab.-Vorst. 17. Dienstags-Ab.
Gastspiel **Signorina Prevosti:**
La Traviata.
Oper in 4 Akten von Verdi.
Mittwoch: Der Sonnwendtag. Donnerstag: Die weiße Dame. Freitag: Donna Donna.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 16. Dienstag, den 20. Januar 1903 10. Jahrgang.

Die Steuern im deutschen Reiche.

Ueber die Finanzen der deutschen Bundesstaaten hat das kaiserliche Statistische Amt in den letzten Vierteljahrshesten eine ausführliche Darstellung gegeben, die zwar noch viele Lücken und Mängel aufweist, im großen Ganzen aber doch ein zutreffendes Bild der Steuerbelastung giebt, wenigstens soweit es sich um Staatssteuern handelt. Denn außer diesen giebt es ja noch das große Heer der Steuern für Gemeinde, Kreis und Provinz, sowie für sonstige öffentliche Verbände (Schule, Kirche).

Im Jahre 1901 belief sich nach jener amtlichen Statistik die Gesammtsumme der Steuern, die im Reich und in den Bundesstaaten erhoben werden, auf 1533 Millionen Mark, das macht auf den Kopf der Bevölkerung eine Belastung von **29 Mark** jährlich!

Davon kommen etwa 1/3 auf die Bundesstaaten, 2/3 auf das Reich.

Betrachtet man die Steuern je nach ihrer Art, so stellt sich das Verhältniß folgendermaßen:

In den Bundesstaaten betrugen die direkten Steuern 414 Millionen Mark, die indirekten (Aufwandsteuern) 81 Millionen Mark, die Verkehrssteuern 80 Millionen Mark, insgesammt 574 Millionen Mark. Dazu kommen an Reichssteuern 1059 Millionen Mark, nämlich 45 Millionen Mark Brausteuer, 115 Millionen Mark Stempelsteuer, 899 Millionen Mark andere Zölle und Steuern.

Die Steuererträge der Bundesstaaten rühren demnach zu 72 Prozent aus direkten Steuern her, davon etwa zwei Drittel aus allgemeiner Einkommensteuer, zu 14 Prozent aus Aufwandsteuern (überwiegend vom Bier) und zu 14 Prozent aus Verkehrs-, insbesondere Stempelsteuern.

Nimmt man aber die Reichssteuern hinzu, so verändert sich das Bild zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerung ganz bedeutend. Mehr als die Hälfte aller Steuer- und Zolleinnahmen kommt dann auf die indirekte Besteuerung durch die Zölle und Verbrauchsabgaben. In den Einzelstaaten ist der Antheil der direkten Steuern am Gesammtsteuerbetrage bedingt durch die Erträge der den Staaten gehörenden Erwerbsquellen, unter denen Landbesitz (Domänen und Forsten) wie Eisenbahnen die Hauptrolle spielen.

So bezieht Preußen aus Erwerbseinkünften 1835 Mill. Mark, aus Steuern 254 Millionen Mark, also 14 Proz., Bayern aus Erwerbseinkünften 252 Millionen Mark, aus Steuern 84 Millionen Mark, also 33 1/3 Proz., das Königreich Sachsen aus Erwerbseinkünften 184 Millionen Mark, aus Steuern 46 Millionen Mark, also 25 Proz. Nur in wenigen Staaten ist das Erträgniß der Erwerbseinkünfte geringer als das Steuererträgniß, nämlich in Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Waldeck, den beiden Lippe, den Hansestaaten und Elsaß-Lothringen; nur die beiden Reuß entbehren jeglicher Erwerbseinkünfte, weil ihre Eisenbahnen theils Sachsen, theils Preußen gehören und der sehr bedeutende, nicht von Privatpersonen besessene Landbesitz fürstliches Eigenthum ist.

Die Staatseisenbahnen bringen von den Erwerbseinkünften die erheblichste Einnahme, sie liefern für die Bundesstaaten insgesammt 46 Proz. der gesammten Staatseinnahmen, in Preußen sogar 54 Proz.

Dagegen wird in Schwarzburg-Sondershausen und Mecklenburg-Strelitz mehr als ein Drittel der Einnahmen aus den Domänen gedeckt, in Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt 19–33 Proz. durch die Forsten; Anhalt zieht 28 Proz. aller Einnahmen aus den Bergwerken.

Eine Vermögenssteuer besteht nur in Preußen, Hessen und Braunschweig, wo sie 12 bis 15 Proz. der Steuereinnahmen beträgt. Die Grundsteuer wird in Preußen und Hessen nicht mehr vom Staate erhoben, sondern von den Gemeinden.

Sehr gering, viel zu gering sind die Erbschafts- und Schenkungssteuern. Sie bringen in Preußen 9,6 Millionen Mark, in Bayern 2 3, in Sachsen 1,2, in Hamburg 1,9, in Elsaß Lothringen 3 Millionen Mark.

Hier könnte am allerbesten eine Reichssteuer einsetzen, denn all die Einwände, die aus finanztechnischen Gründen gegen eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer erhoben werden, fallen fort. Es ist ja richtig, daß letztere nicht durch einen einfachen Zuschlag zu den bundesstaatlichen Einkommensteuern erhoben werden können, weil sie in den verschiedenen Bundesstaaten ganz anders normirt sind. Theils fangen sie bei verschiedenen Mindestsätzen an — in Preußen bei 900 Mark, in Sachsen schon bei 600 Mk., theils haben sie andere Prozentsätze und Steigerungen. Eine Reichseinkommensteuer hätte zur Voraussetzung, daß entweder die Bundesstaaten eine einheitliche Landeseinkommensteuer schaffen oder für die Steuerzwecke des Reichs eine besondere einheitliche Veranlagung gemacht wird. Denn auch die in Abzug zu bringenden Einnahmen, die keiner Besteuerung unterliegen, wie gewisse Ausgaben, die vom Einkommen in Abrechnung gebracht werden können, sind in den verschiedenen einzelnen Bundesstaaten ganz verschiedenartig.

Selbstverständlich sind diese finanztechnischen Schwierigkeiten leicht zu beseitigen, wenn nur eine Reichstagsmehrheit und Reichsregierung da wären, die es ernstlich wollten. In ganz kurzer Frist ließe sich eine solch einheitliche Normirung der Einkommen- und Vermögenssteuer schaffen.

Aber wie gesagt — all diese finanztechnischen Schwierigkeiten, die der besitzenden Klasse und ihrer Regierung als Vorwand für die Ablehnung einer Reichseinkommensteuer, wie sie von unserer Partei gefordert wird, dienen, all diese nur angeblich so großen Hindernisse sind gar nicht vorhanden für eine Reichserbschaftssteuer! Hier könnte mit wenigen Paragraphen ein das ganze Reich umfassendes Gesetz geschaffen werden, wenn — nicht eben die besitzende Klasse es wäre, die die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hat — trotz des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts! Bei den kommenden Reichstagswahlen wird die Frage einer Reichserbschaftssteuer wie überhaupt der Deckung der Reichsausgaben eine große Rolle spielen, und die hier angeführten Ziffern der amtlichen Statistik geben da brauchbare Hinweise, wie die jetzige Steuergesetzgebung namentlich des Reichs, zum Theil aber auch der Bundesstaaten zu Gunsten der besitzenden, zum Nachtheil der ärmeren Bevölkerung zugeschnitten ist.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Unter den Dresdener Bautischlern ist in den letzten Tagen eine Reihe von Differenzen ausgebrochen; in Folge dessen sind bereits fünf Werkstätten gesperrt worden, in denen Fenster für die städtischen Schulbauten angefertigt wurden. — Der befürchtete Ausstand der Sammetweber in Krefeld dürfte vermieden werden, da man sich geeinigt hat. Um die Erregung verständlich zu finden, welche sich der niederrheinischen Sammetweber über die von den Fabrikanten einseitig beschlossene Lohnreduktion bemächtigt hatte, sei mitgetheilt, daß nach den Ausweisen der Seiden Berufsgenossenschaft für 1901 in der Sammet- und Sammetbandweberei (einschließlich aller Vorarbeiten) durchschnittlich 8500 Vollarbeiter thätig waren, die einen Gesammt-Jahreslohn von 8,02 Millionen Mark verdienten. Der jährliche Durchschnittslohn eines vollbeschäftigten Arbeiters berechnet sich also auf 936 Mk., eine Herabsetzung der Löhne um 8 bis 10 Proz. hätte also das Lohneinkommen um 650 000 bis 800 000 Mk, für den einzelnen Arbeiter um 75 bis 93 Mk. vermindert.

Eine Krankenzuschußkasse hat jetzt auch der Vorstand des Zentralverbandes der Schmiede beantragt. Die Frage wird zunächst in den einzelnen Ortsverwaltungen durchgesprochen und dann jedenfalls schon die diesjährige Generalversammlung beschäftigen.

Für Nothstandsarbeiten waren von der Stadt Mainz 15 000 Mk. bewilligt worden. Diese Summe ist nun bei einer wöchentlichen Lohnzahlung von 1200 Mark bis auf den Rest von 1500 Mark aufgebraucht worden. Es wurden deshalb von der Stadt weitere 6000 Mark bewilligt.

Ueber die gewaltigen Fortschritte der sozialdemokratischen Partei in Dänemark schreibt man dem „Hamb. Corr." aus Kopenhagen: Die Sozialdemokraten haben bei den dieser Tage in den Provinzen vorgenommenen Kommunalrathswahlen bedeutende Erfolge errungen. So haben sie in den Städten Odense (Fünen) und Randers (Jütland) ihre Kandidaten mit großen Majoritäten durchgebracht. Diese Thatsache hat um so größere Bedeutung, als die genannten Städte bisher immer für sehr konservativ galten, da sie meist von Beamten bewohnt werden und nur eine wenig zahlreiche Arbeiterbevölkerung besitzen. In Odense wurde der sozialdemokratische Redakteur Marott mit 2045 Stimmen gewählt, während sein konservativer Gegenkandidat nur 1554 Stimmen erhielt. Im Jahre 1894, als die Sozialdemokraten sich zum ersten Mal an den Kommunalrathswahlen betheiligten, vermochten sie für ihren Kandidaten nur 206 Stimmen zusammenzubringen. Man sieht, wie erstaunlich gewaltig die Fortschritte sind, die sie in diesen 8 Jahren gemacht haben.

Ein Erfolg des Töpferverbandes. In Coswig in Anhalt standen 172 Töpfer der Scheibenbranche 15 Wochen lang in einem Abwehrstreik. Die Unternehmer kündigten den am 1. Oktober 1902 abgelaufenen Tarif zu dem Zwecke, den Arbeitern einen um 5—40 Proz. herabgesetzten Tarif aufzudrängen. Der Plan scheiterte an der guten Organisation und mustergültigen Haltung der Streikenden. Der Streik endete mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter. Der alte Tarif tritt wieder in Kraft. Es wurde aber auch durch den Kampf die Organisation, der Zentralverband der Töpfer, erhalten, den die Unternehmer zerstören wollten. Es bewährt sich hier wieder, daß die, welche das Böse wollten, das Gute geschaffen haben, denn es sind auch dem sozialdemokratischen Verein von Coswig zirka 120 Töpfer beigetreten. Das dürfte für den Anhalter Kreis angesichts der Kämpfe bei den Reichstagswahlen ein nicht zu unterschätzender Vortheil sein.

Die Herstellung von Zündhölzern mit weißem Phosphor, die so arg die Gesundheit der in der Zündholzindustrie beschäftigten Arbeiter verwüstet, soll nun endlich gesetzlich verboten werden. Selbstverständlich sucht eine Petition mittel- und süddeutscher Zündholzfabrikanten und Inhaber verwandter Betriebe den geplanten Fortschritt zu verhindern und den Eingriff in ihre Ausbeuterfreiheit abzuschlagen. Sehr gekränkt fühlen sich die Petenten, daß sich der Bundesrath nicht dazu entschlossen hat, den Zündholzfabrikanten eine finanzielle Abfindung zukommen zu lassen. Die Absicht des Bundesraths, eine neue, weißen Phosphor nicht enthaltende Zündmasse durch das Reich zu erwerben und an die Zündholzfabrikanten abzulassen, wird offen verhöhnt und diese Masse als unbrauchbar bezeichnet, obgleich sie den Petenten noch nicht einmal bekannt ist. Die furchtbaren Wirkungen der Phosphornekrose auf die Gesundheit der Zündholzarbeiter, die so oft im Reichstage zu Debatten Anlaß gaben, werden in der Petition als selten vorkommend bezeichnet und ferner die Behauptung aufgestellt, daß diese Krankheit häufig durch das Verschulden der Arbeiter geradezu herbeigeführt wird, „weil die Arbeiter es für unnöthig hielten, nach einer Zahnextraktion die gewohnte Arbeit auszusetzen". O diese bösen Arbeiter, die zum bloßen „Vergnügen" ihre Gesundheit aufs Spiel setzen und dadurch die Vorlage des Bundesraths gegen die Interessen der „armen schuldlosen" Unternehmer herbeigeführt haben! Zu ihrer Entschuldigung führen die petitionirenden Zünd-

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So schwer Hoffmann sich daher auch der ihn treffenden Verantwortung bewußt war, so beließ er den Angeklagten doch vorderhand auf freiem Fuße, da wohl in Anbetracht der erst vor ein paar Tagen stattgefundenen Vermählung nicht zu besorgen war, daß der Baron sich durch die Flucht der Sühne entziehen würde. Botho verstand die Rücksicht, welche jener auf seine Verhältnisse nahm, und dankte ihm dafür auch im Namen seiner jungen Frau, um derentwillen er das unselige Vorkommniß mehr beklagte als um seiner selbst willen.

„Die arme Frau ist allerdings zu bedauern," erklärte der Staatsanwalt ernst. „Wenn Sie schuldig sind, Herr Baron, so haben Sie einen furchtbaren Frevel auf Ihr Haupt geladen, als Sie jenes arme unschuldige Wesen in Ihr Verderben mit hineinrissen."

„Ich fühle mich frei von aller Schuld, Herr Staatsanwalt."

„Um Ihrer Gattin willen wünschte ich, Sie hätten Recht," versetzte Hoffmann mit einem Ausdruck warmer Empfindung in seinen scharfen, energischen Augen. Offenbar nahm der Fall nicht nur sein berufliches, sondern auch sein menschliches Interesse auf das lebhafteste in Anspruch, denn auch nach dem Fortgang Bothos saß er noch lange in tiefe Gedanken versunken auf seinem Platz, alle Für und Wider der Angelegenheit erwägend, und noch vor Abend traf er alle Anordnungen, die er zur weiteren Aufklärung für erforderlich erachtete.

Vor allen Dingen forderte er die beiden Wechsel, und von Gisbert und Botho eine Anzahl Briefe und Unterschriften ein, ebenso ließ er sich Briefe des ersteren von dem Neffen und dem Bankier des Besitzers von Drillinden zur Verfügung stellen. Sodann übergab er das gesammte Material dem berühmtesten Schriftvergleicher der Hauptstadt, Dr. Höfer, dem Schreiblehrer mehrerer höheren Schulen, einem äußerst gewissenhaften und in der Kunst der Schriftvergleichung erfahrenen Mann, dessen Gutachten sich bei den Gerichten hohen Ansehens erfreute.

Schon am nächsten Morgen stellte sich der Schriftvergleicher bei ihm ein.

Der Staatsanwalt empfing ihn mit unverkennbarer Freude.

„Sie bringen mir bereits ein Resultat, Herr Doktor?"

Dr. Höfer bejahte.

„Welcher Art ist es? Ist der Angeklagte ein Fälscher oder nicht?" forschte Hoffmann mit dem Ausdruck hoher Spannung in seinen Zügen.

„Leider muß ich auf Grund gewissenhafter Untersuchung der Dokumente die Frage bejahen," erwiderte der Schriftvergleicher ruhig.

„Der Namenszug Gisberts ist von fremder Hand geschrieben?"

„Von derjenigen des Barons von Folkmar."

„Und es ist kein Zweifel möglich?"

„Ich habe die feste Ueberzeugung."

„Ich erwartete es," bemerkte der Staatsanwalt fast traurig, indem er sich unruhig mit der Linken über das Kinn fuhr. „Und doch — ich hätte — hm, es ist gut, es konnte ja nicht anders sein. Ist die Nachahmung eine geschickte?"

„Eine sehr geschickte — oder die Wechsel wären wohl nicht ohne weiteres diskontirt worden. Indessen stellen sich bei näherer Betrachtung dennoch einige charakteristische Unterschiede heraus, aus denen die Imitation mit Sicherheit erhellt. Herr Emil Gisbert pflegt die beiden Theile des großen lateinischen E nicht scharf zu scheiden, sondern er zeigt die Einbiegung nur durch eine leise Krümmung an, während sich in beiden Wechseln eine ausgeprägte Gliederung zeigt, wie sie auch dem übrigen Charakter der Folkmarschen Schrift entspricht. Dasselbe ist mit den Initialen des Namens Gisbert der Fall, das große lateinische G weist eine scharfe Scheidung seines oberen und unteren Theiles auf, wie solche in den Schriftproben des Barons von Folkmar mehrfach, in denjenigen des Herrn Gisbert sonst nicht zu finden ist. Einige weitere Abweichungen typischer Natur finden sich in s und r — doch ich will Sie nicht mit einer eingehenden Motivirung meines Gutachtens aufhalten, Herr Staatsanwalt, ich habe meiner Entscheidung eine ausführliche schriftliche Begründung beigefügt, die Sie vollständig befriedigen dürfte. Uebrigens entdeckte ich außer diesen Details noch ein allgemeines Moment, das psychologisch von Erheblichkeit ist. Sehen Sie, bitte, einmal diese beiden Unterschriften an, diejenige auf einem der Wechsel und diejenige dieses von Gisbert an seinen Neffen gerichteten Schreibens.

Dr. Höfer legte dem Staatsanwalt beide Urkunden vor, worauf Hoffmann dieselben mit großer Aufmerksamkeit betrachtete.

„Finden Sie heraus, was ich meine?"

„Nein", murmelte der Staatsanwalt nachdenklich.

„So nehmen Sie einmal mein Mikroskop."

Der Schriftvergleicher reichte dem Beamten das Instrument, dieser unterwarf die Dokumente einer erneuten sorgfältigen Prüfung und bemerkte sodann, die Unterschrift des Wechsels scheine mit weniger fester Hand geschrieben zu sein, als diejenige des Briefes.

„So ist es", rief triumphirend Dr. Höfer. „Die schreibende Hand hat leise gezittert — ein Beweis dafür, daß die vorzunehmende Handlung in irgend einer Hinsicht des Charakters der Harmlosigkeit entbehrte. Warum hätte Herr Gisbert, der Millionär, zittern sollen, wenn er einem Bekannten aus Gefälligkeit ein paar Akzepte über Summen unterschrieb, die für seinen Reichthum unbedeutend zu nennen sind? Und der andere Wechsel bietet ganz dieselbe Erscheinung.

holzfabrikanten an, daß unter 75 in der Petition erwähnten Fällen von Phosphornekrose, 23 gar nicht den Fabrikbetrieben zur Last fallen, sondern durch die seit 1884 verbotene Hausindustrie hervorgerufen wären. In ihrer Unverfrorenheit fordern die Petenten schließlich, daß die Regierung, wenn sie eine finanzielle Abfindung den Fabrikanten nicht zahlen wolle, dann „billigerweise zum mindesten" eine längere Uebergangsfrist von „wenigstens" 10 bis 15 Jahren gewähren müßte, (!) da diese längere Frist auf alle Fälle speziell den kleineren Fabrikanten ein weit werthvolleres Aequivalent für das Verbot bieten würde, als das, nach Ansicht der Petitionsfabrikanten „vollkommen werthlose" Geschenk einer „sogenannten" neuen Zündmasse. Nun, hoffen wir, daß sich der Reichstag durch diese Petition nicht verdrüssen läßt. Ein energisches Einschreiten gegen die schädliche Verwendung des weißen Phosphors in der Zündholzfabrikation liegt im Interesse der geschädigten Arbeiter.

Gleiches Recht für Alle. In dem neuen Statut für die Tabak-Berufsgenossenschaft finden sich folgende für sich selbst sprechende Bestimmungen über die Reisekosten und Tagegelder der Vertreter bei event. Reisen.

Es erhalten:

a) Vertreter der Unternehmer:	b) Vertreter der Arbeiter:
1. Bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 1. Klasse, sowie für jeden Zu- und Abgang 3 Mark.	1. Bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 2. Klasse.
2. Bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 60 Pf.	2. Bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 15 Pf.
3. Für Wohnung und Zehrungskosten pro Tag 10 Mk., über 50 Kilometer weite Reisen pro Tag 15 Mk.	3. Für Zehrungskosten für einen halben Tag 1 Mark, für den ganzen Tag 2 Mark, für Uebernachtung 3 Mark, außerdem Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst mindestens 2 Mark täglich.

Aus Nah und Fern

Die wenig beneidenswerthe Lage der Volksschullehrer auf dem platten Lande wird grell beleuchtet durch einen Vorgang, der sich jüngst auf der Insel Rügen zugetragen hat. Der Lehrer des Dorfes Vilmnitz hatte seiner Pflicht gemäß die Schüler, welche den Unterricht versäumten, um an Treibjagden theilzunehmen, auf die Schulversäumnißliste geschrieben. Darob erbost, haben die betreffenden Väter dem Lehrer offen ihre Feindschaft erklärt und angekündigt, daß sie ihm fortan die Unterstützung beim Kirchenchor, bei Schulausflügen ꝛc verweigern würden. Der solcherart gemaßregelte Lehrer erläßt zu dieser Angelegenheit nun im „Rügenschen Kreis- und Anzeigenblatt" eine Erklärung, in der er sagt: „Es ist uns Lehrern sehr unangenehm, wenn wir durch unser Vorgehen einzelnen Gemeindemitgliedern Verlegenheit und Verdruß bereiten müssen, ja, wir bedauern aufrichtig die schiefe Stellung zu unserer Gemeinde, in welche uns diese Angelegenheit hineinbringt. Die vorgesetzten Behörden verlangen aber auf das entschiedenste, daß jeder einzelne Fall von Schulversäumniß unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werde. Man kann doch unmöglich von den Lehrern verlangen, daß sie aus Gefälligkeitsrücksichten ihre Pflicht verletzen oder die Sorge für die ihnen anvertraute Jugend aus den Augen verlieren." Zur Erklärung des ganzen Vorganges sei hinzugefügt, daß die betreffenden Landleute Pächter des Fürsten zu Putbus sind und als solche die kontraktliche Verpflichtung haben, gegen einige Groschen Vergütung eine gewisse Anzahl Treiber zu den fürstlichen Jagden zu stellen und das können für den geringen Preis aber nur die Schulkinder sein.

Ein netter Dienst„herr". Die Strafkammer in Kassel verurtheilte den verheiratheten Bauerngutsbesitzer Georg Störmer von Kerstenhausen (bei Fritzlar) wegen einer schweren Körperverletzung, die er der bei ihm bedienstet gewesenen Magd Martha W zugefügt hatte, zu 3 Jahren Gefängniß. Mit der Magd hatte St. intime Beziehungen unterhalten, die nicht ohne Folgen geblieben waren. Nachdem er sich bereits vor ihrer Niederkunft mit ihr durch Zugeständniß einer Summe von 800 Mark abgefunden hatte, sei er — wie er behauptet — durch Ausstreuungen ihrerseits dazu verleitet worden, sich an ihr zu vergreifen. Er hatte sie mit einem stumpfen Messer lebensgefährlich am Kehlkopf verletzt.

Von einem Storchen-Schicksal plaudert der „Schw. Merkur": Wer zur Winterszeit von Marbach a. N. aus die Murrthalbahn befährt, sieht plötzlich zu seiner Ueberraschung, obwohl alles rings mit Schnee bedeckt ist, einen stattlichen Storch stehen und dem Fischfang obliegen. Es ist der Murrer Storch. Er bildet ein Unikum seines Geschlechts insofern, als er seit Jahren dort das Gastrecht genießt und, in völliger Freiheit lebend, zum Haus- und Ortsgenossen geworden ist. Vor nun sechs Jahren war es, daß er, noch nicht ganz flügge, halb verhungert vom Nest auf dem Kirchdach fiel. Ob eine Familientragödie vorlag, ob schnöde Fahrlässigkeit seitens der Eltern die Schuld an dem Unglück trug, ließ sich nicht ergründen. Der Schullehrer brachte ihn in einem kleinen Gänsestall unter. Von Stunde an fühlte sich unser Storch in den veränderten Verhältnissen heimisch, umsomehr, als sich die allgemeine Theilnahme seinem Schicksal zuwandte. Die Schulkinder brachten dem Schützlinge ihres Lehrers massenhaft Frösche und Mäuse und behandelten ihn überhaupt mit Rücksicht auf seinen hohen Protektor als eine Art Respektsperson. Mit dem Fliegen allein wollte es nicht so recht gehen, und als der erste Winter vor der Thür stand, zogen die herzlosen Eltern nach dem Süden, unbekümmert um den verlorenen Sohn. Mochte er selbst sehen, wie er sein Dasein fristete und sich mit der nordischen Kälte abfinden. Doch der Storch ertrug mannhaft Schnee und Eis, nur fand er gar zu wenig, seinen Hunger zu stillen, und die Noth zwang ihn, betteln zu gehen. So unternahm er weite und kleine Gänge durchs Dorf, Entdeckungsreisen auf die Düngerhaufen vor den Häusern und bald wurde er ein gern gesehener Gast in den Straßen von Murr; selten wies ihn Jemand die Thür. Hier und da wurde ihm sogar eine Knackwurst verabreicht, die er kunstgerecht verspeist, nicht ohne die einzelnen Stückchen vorher in einer Pfütze anzufeuchten. Auch von Spätzle ist er ein großer Liebhaber; doch am besten befindet er sich, wenn er ausgekundschaftet hat, wo ein Schwein geschlachtet wird. Der Todesschrei eines solchen wird ihm zur schönsten Musik; wenn er ihn hört, eilt er geflügelten Schrittes nach der betreffenden Stätte, seinen Tribut zu empfangen. Im Sommer bettelt er nicht, sondern sorgt selbst für seinen Unterhalt, wie er auch vom Stall keinen Gebrauch macht, sondern in der warmen Jahreszeit sich mit einer Lagerstatt auf einer Holzbeuge begnügt. Mit seinen Stammesgenossen, die sich jedes Jahr auf dem Kirchdache einstellen und mit denen er reichlich Gelegenheit zum Umgang hätte, verkehrt er nicht und diese schneiden ihn vollständig. Er ist ein Fremdling und Abtrünniger geworden, er versteht die Storchensprache nicht mehr. Dafür ist er mit der Zeit vertraut geworden mit den Dorfbewohnern und hat im Verkehr mit ihnen jede Scheu verloren. Oft treibt er sich mitten unter der lärmenden Schuljugend herum; aber zu nahe darf sie ihm nicht kommen; er umgiebt sich stets mit einer Würde, einer Höhe, die allzu große Vertraulichkeit von ihm entfernt. So ist sein Lebensgang im allgemeinen recht befriedigend für ihn; er hat es wohl im Laufe der Zeiten verlernt, daß ihm einst ein anderes Lied an seiner Wiege geklappert worden, und sehnt sich nicht zurück nach jenen höheren Regionen, denen er entstammt.

Vergeßliche Spieler. Ein merkwürdiges Vorkommniß ergiebt sich aus der vom preußischen Finanzminister überreichten Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1901, ein Ereigniß, das, wie die „Köln. Ztg." meint, denen ein wenig zum Trost dienen kann, die über den Fehlbetrag im gegenwärtigen Etat in gar zu argen Schrecken und Trauer gerathen sind. Bei der Einnahme aus der Lotterie wird nämlich im allgemeinen ein Posten von 10 bis 11 000 Mk. für nicht abgehobene Gewinne eingesetzt. Im Jahre 1901 aber hat das Einkommen aus der Vergeßlichkeit der Spieler fast 430 000 Mk. betragen. Der Hauptgewinn der 4. Klasse der 204. Lotterie ist von dem glücklichen Gewinner nicht abgehoben worden.

Ein technischer Irrthum wird von Frederick Bramwell bloßgestellt. Wenn einem Dampfschiff ein Unglück passirt, wodurch es zum Sinken kommt, so liest man in den Berichten darüber immer wieder die Worte: „Als das Schiff niederging, flog der Kessel in die Luft." Der genannte Ingenieur, einer der bedeutendsten Sachverständigen auf dem fraglichen Gebiet, erklärt einen derartigen Vorgang glattweg für unmöglich. Er will seinen ganzen fachmännischen Ruf dafür einsetzen, daß bei jedem gesunkenen Dampfschiff der Kessel vollkommen unbeschädigt zu finden sei. Im Clyde-Fluß ist kürzlich ein großer Dampfprahm gesunken und es sollen Untersuchungen an diesem Objekt angestellt werden, um die Richtigkeit jener Behauptung zu prüfen, da sie ersichtlich von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist.

Grausame Rache eines Eifersüchtigen. In der Gemeinde Komlos (Ungarn) überraschte der Bauer Kadar seine Frau mit ihrem Geliebten Franz Vipicki. Um Rache zu üben, entkleidete der Bauer mit Hülfe seines Bruders das Liebespaar, band die Beiden mit starken Stricken aneinander und warf sie in eine Grube, welche hinter dem Hofe gelegen ist. Drei Tage später wurde das gefesselte Paar von einem Gensdarmen entdeckt, der nach den Vermißten recherchirte. Die Frau war, wie sich herausstellte, dem Wahnsinn verfallen, während Vipicki erst durch ärztliche Hülfe zum Bewußtsein zurückgebracht werden mußte.

Mittelalterliche Justiz. An mittelalterliche Zustände erinnern Vorgänge in der Stadt Comonfort (Mexiko), wo die Justizpflege in den Händen eines besonders schneidigen Richters zu ruhen scheint. Vor einiger Zeit wurde dort in dem Hause eines wohlhabenden Bürgers eingebrochen, und als der That verdächtig verhaftete man zwei junge Burschen. Da diese hartnäckig jede Schuld leugneten, so ließ der Herr Richter sie an den Fingerspitzen an einem Baume aufhängen, wobei ihnen jede Stunde die Frage vorgelegt wurde, ob sie bekennen wollten. Alle zwei Stunden wurden die Burschen losgebunden, erhielten Prügel und wenig Nahrung und wurden dann wieder aufgehängt. Ganze 15 Tage lang setzte der Richter diese Grausamkeit fort, bis die armen Teufel endlich eingestanden, den Einbruch verübt zu haben. Im Verlauf des Prozesses erklärten sie aber, sie seien unschuldig und hätten das falsche Geständniß nur gemacht, um den unsäglichen Qualen und einem sicheren Tode zu entgehen. Dann sollten sie neuerdings derselben Folter unterworfen werden, aber glücklicherweise erkrankte der Richter, und sein Stellvertreter stellte bald die völlige Unschuld der beiden Burschen fest, fand auch die wirklichen Diebe aus und berichtete über das Verfahren an den obersten Gerichtshof in Mexiko, der den schneidigen und grausamen Richter zu 2jähriger Gefangenschaft und Verlust seines Amtes verurtheilte.

Einer, der's versteht. In X lebt ein Hausierer namens Silberstock, der vermöge seines angeborenen Humors auch seine Restaurants besuchen und deren Gäste mit Knöpfen, Zigarettenspitzen, Pfeifenrohrbürsten ꝛc. versehen darf. Einst kommt er zu einem Tisch, an dem eine Offiziersgesellschaft sitzt, und wird von einem ihm bekannten Major angerufen. „Silberstock, haben Sie auch Portemonnaiekalender? — Meine Frau möchte gern einen haben," wendet er sich erklärend zu seiner Gesellschaft. „Zu dienen, Herr Majorleben," sagt Silberstock, dem die letzten Worte des Majors nicht entgangen sind. — „Was kostet das Stück?" — „60 Kreuzer, Herr Majorleben." — „Also geben sie her," sagt der Major; für ihn ist mit der Unterbringung des Büchelchens im Geldtäschl die Sache erledigt. Nicht so für Silberstock. Er kennt die Wohnung des Herrn Majors, geht hinauf und meldet der Gnädigen: „Der Herr Major schickt mich her, ich soll Ihnen einen Portemonnaiekalender verkaufen." — „Wie liebenswürdig von meinem Mann, daran zu denken," denkt die Majorin und kauft, nichts Böses ahnend, das Stück. — Silberstock drückt sich rasch, doch nicht rasch genug, um nicht noch im Hausflur von dem Major, der vom Frühschoppen heimkehrt, gesehen zu werden. Schlimmes ahnend, steigt der Major die drei Treppen hinan. Richtig, sein Gefühl hat ihn nicht betrogen, der Jude hatte ein doppeltes Geschäft gemacht. „Karl," ruft er dem Burschen zu, „laufen Sie dem Silberstock nach, er soll sofort heraufkommen." — Karl läuft, was er kann, und erwischt Silberstock noch an der nächsten Straßenecke. — „Silberstock, Sie sollen sofort zum Herrn Major kommen!" — „Herr Korporalleben, hat der Herr Major nichts gesagt von e Kalender?" „Ja, ja," meint Karl, der etwas vom Gespräch zwischen dem Major und seiner Ehehälfte aufgeschnappt hat, „das hat er!" — „Sehn Se an, Herr Korporalleben, ich bin e alter Mann und kann nicht mehr steigen die Treppen, kaufen Se den Kalender, und der Herr Major wird es Ihnen bezahlen. Der Bursche, der noch vom Einkaufen das „Zurück von 5 fl." in der Tasche hat, kauft ihn und läuft schnurstracks nach Hause. Sein Empfang war nicht sehr freundlich.

(Simplicissimus.)

Mit diesem Urtheil deckten sich im wesentlichen die Gutachten zweier weiterer Schriftvergleicher, die Einzelheiten, in welchen die drei Sachverständigen von einander abwichen, waren unbedeutender Natur. Staatsanwalt Hoffmann mußte sich daher zu einem entscheidenden Schritte entschließen. Durch einen Eilboten zur Vernehmung für den nächsten Vormittag geladen, erschien Rittergutsbesitzer Gisbert zum zweiten Male in seinem Amtsgemach.

„Herr Gisbert, Baron von Folkmar widerspricht Ihrer Aussage in allen Punkten", redete der Staatsanwalt den kleinen Mann an. „Er behauptet, die Unterschriften der Wechsel seien echt, Ihre Beschuldigung Verleumdung. Das Motiv Ihres Handelns lediglich Rachsucht. Was haben Sie darauf zu erwidern?"

Der Rittergutsbesitzer lächelte ironisch.

„Sehr hübsch zurechtgelegt", erklärte er mit zornig funkelnden Augen. „Nun, man darf es ihm nicht übel nehmen, er redet um Kopf und Kragen. Also ich soll die Wechsel unterschrieben haben und nun meine eigenen Unterschriften bestreiten? Hat man je so etwas Albernes gehört?"

„Ich kann mir ja auch nicht verhehlen, daß die Behauptung des Eigenthümers von Hohfart nicht gerade wahrscheinlich liegt", stimmte Hoffmann bei. „Außerdem wird Ihre Angabe durch die Gutachten mehrerer namhafter Schriftvergleicher unterstützt. Indessen — die Kunst der Schriftvergleichung steht auf unsicheren Füßen — ich brauche eine festere Basis, um das Gebäude der Anklage darauf aufzubauen. Sind Sie bereit, Ihre Aussage mit einem Eid zu bekräftigen?"

„Jawohl!" rief der Kleine ohne Bedenken.

„Jetzt — auf der Stelle."

„Ich bin es."

„Das genügt mir," erwiderte Hoffmann mit ernstem Kopfnicken. „Ihre Vereidigung im Vorverfahren würde Verzögerungen herbeiführen, für welche ich nach Lage der Sache die Verantwortung nicht mehr übernehmen kann. Ich muß mir daher an der Versicherung Ihrer Bereitwilligkeit genügen lassen — Sie werden seiner Zeit in der Hauptverhandlung Ihr Zeugniß eidlich zu erhärten haben."

Der Rittergutsbesitzer erklärte, er stehe jederzeit zur Verfügung. Kaum war er in seine Equipage gestiegen, so befahl auch der Staatsanwalt dem Gerichtsdiener, einen Wagen für ihn herbeizuholen, und ersuchte den Gerichtsschreiber und einen Exekutivbeamten, ihn auf einer dringlichen Dienstfahrt zu begleiten. Dem Kutscher aber rief er, als er mit dem Gerichtsschreiber in das Gefährt einstieg, die drei Worte zu:

„Nach Rittergut Hohfart."

4.

An demselben Vormittage, an welchem Emil Gisbert zum zweiten Male vom Staatsanwalt vernommen wurde, war auch Botho von Folkmar in Berlin anwesend. In seinem leichten Jagdwagen trotzte der gesunde, starke, junge Mann der in starken Tropfen auf ihn herabtröpfelnden Regenflut, er dachte nicht einmal daran, einen Schirm aufzuspannen, denn ernste Gedanken lenkten seine Aufmerksamkeit von den kleinen Widerwärtigkeiten des Lebens hinweg, und sein bleiches, verdüstertes Antlitz, die zusammengezogenen Brauen, der festgeschlossene Mund verriethen die Gewalt und Tiefe seiner seelischen Erschütterung. Der Baron verließ sein Gefährt vor einem Hause in der Leipzigerstraße, der Wohnung des Advokaten, welcher schon seines Vaters Rechtsgeschäfte besorgte.

Rechtsanwalt Dr. Gleißner, ein grauköpfiger alter Herr mit freundlichen Augen, legte gerade seine Papiere für die um zehn Uhr beginnende Gerichtssitzung zurecht, als ihm ein Schreiber Herrn Folkmars Gegenwart verkündete. Nach einem Blick auf seine Uhr ließ er den Besucher jedoch ohne weiteres zu sich bitten, begrüßte ihn liebenswürdig und sprach die Hoffnung aus, daß die Ursache seines Besuchs keine unangenehme sein möge.

Das veränderte Aussehen des Barons ließ ihn aber, ehe eine Antwort erfolgte, seinen Worten hinzufügen:

„Oder doch? Das sollte mir sehr leid sein — ein junger Ehemann, der sich noch in den Flitterwochen befindet, sollte vom Schicksal mit gebührender Rücksicht behandelt werden."

Der Baron lachte bitter.

„Flitterwochen — o wenn Sie wüßten, Herr Doktor, was für Flitterwochen ich verlebt habe — Sie haben also noch nichts von meinem Unglück gehört?"

„Keine Silbe — Sie machen mich besorgt — nehmen Sie Platz — was ist den geschehen?"

„Ich bin der Fälschung angeklagt, und nur wenig fehlte, so hätte man mich auch noch des Diebstahls beschuldigt!"

Der Rechtsanwalt warf betroffen den grauen Kopf zurück.

„Wenn Sie nicht so ernsthaft dreinschauten, würde ich glauben, Sie machten einen Scherz mit mir."

Der Baron setzte sich.

„Leider ist es bittere Wahrheit und der Zweck meines Besuchs besteht darin. Sie zu bitten, meine Vertheidigung zu übernehmen. Hören Sie nur."

Er gab eine kurze Darstellung der uns bekanten Ereignisse.

Doktor Gleißner rückte immer unruhiger an seiner Brille, ohne jedoch den Erzähler mit einer einzigen Bemerkung zu unterbrechen. Erst als dieser seine Explikation beendet hatte, ließ er eine Reihe langgedehnter Hm's ertönen, worauf er, sich in seinem Sessel zurücklehnend und die Hände auf der Brust faltend, in den Ruf ausbrach:

„Herr Baron, das ist eine schlimme Geschichte!"

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck